

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 36 SONNTAG, 18. Februar 1934

Aus dem Inhalt:  
S. Aufhäuser: Diktatorische Notwendigkeiten  
Heinrich Mann: Ein Kampfprogramm  
Richard Kern: Teuere Agrarwirtschaft  
Angriff Hitlers auf Hindenburg

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# Die Februarschlacht von Wien

Der Vortrupp des österreichischen Proletariats hat sich zur Verteidigung der Freiheit erhoben in einem Kampf von geschichtlicher Größe, dessen Eindruck und dessen Lehren jahrzehntelang in der revolutionären Arbeiterbewegung fortwirken werden. Aus der unheilsschweren Gewitterwolke, die drohend über Europa liegt, ist ein jäher Blitz herniedergezuckt. Der Krieg in seiner grauenhaftesten Gestalt hat sich in Oesterreich erhoben. Die Tage von Wien sind ein schreckliches, Unheil verkündendes Vorspiel. Was kommt danach?

Wien! Das wird für immer fortleben in unserem Gedächtnis. Es wird immer leben als Bekenntnis zur revolutionären Arbeiterbewegung, voll Begeisterung und Trauer werden wir in Zukunft immer das Wort aussprechen.

Wien! Das ist eine düster rot leuchtende Fackel, die uns die Zukunft erhellt. Die heldenmütigen Arbeiter des sozialdemokratischen Schutzbundes in Wien haben gekämpft. Gekämpft! Das ist Schicksal und Bestimmung der revolutionären Arbeiterbewegung in der Zukunft. Revolutionäre Arbeiterbewegung — das heißt Uebereinstimmung zwischen Wort und Tat, zwischen Programm und Kampf. Die Gewalt unterdrückt die Freiheit in der Welt — Gewalt gegen Gewalt muß die Freiheit erobern!

Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist eine Tatsache. Die Faschisten aller Länder wissen nach Wien: Die Hoffnung ist eitel, daß die Krise alle revolutionären Energien in der Arbeiterschaft gebrochen hat, so daß sie nun kampflös ihre Handgelenke den Fesseln der Knechtschaft entgegenstreckt. Freiheit und Kampf sind untrennbar verbunden — wir werden es nie wieder vergessen.

Wien! Das ist einer jener geschichtlich weithin leuchtenden Kämpfe um Freiheit, aus denen die Arbeiterschaft ihre revolutionären Energien und ihr Kraftbewußtsein zieht, es ist die Besiegelung ihres moralischen Rechts und ihres Freiheitswillens mit dem Blute der Besten.

Ihr Kameraden vom Schutzbund, auf die wir voll Stolz und Freude und Hoffnung geblickt haben, ihr lehrt uns, und mit uns allen, die heute noch in Sicherheit und Freiheit leben, daß die Freiheit nicht ein Geschenk ist, das den Tatenlosen und Hoffenden zufällt, sondern daß sie aus Kampf und Opferemporsteigen muß, daß sie ein Vermächtnis ist, das mit dem Einsatz der ganzen Kraft bewahrt und heilig gehalten werden muß!

Ihr habt gekämpft und euer Kampf hämmert uns die Lehre ein: zu Vorstoß und Verteidigung müssen wir immer vorbereitet und wach sein. Niemals dürfen die Arbeitermassen ganz von der Bühne der Geschichte abtreten, niemals dürfen ihre revolutionären Energien durch Erfolge und besseres Leben sich abschwächen lassen. Auch in der Demokratie müssen sie zum Schutze der Freiheit immer lebendig sein!

Der erste Schritt von der Bahn der Demokratie, das ist der Schritt zur Gewalt, zur Brutalisierung der Freiheit. Gegen Gewalt aber hilft nur die Gewalt! Der Satz vom Kampf mit revolutionären Mitteln hat einen tragisch realen Hintergrund erhalten — er steht heute vor dem heldenhaften Kämpfen und Sterben der Besten aus Oesterreich!

Das dramatische Geschehen zeigt die

Linie des großen immerwährenden Klassenkampfes klar herausgehoben aus den zufälligen geschichtlichen Bedingungen der europäischen Verstrickung.

Wien war für uns die Stadt der kampfesfrohen Sozialdemokraten, des Fortschritts und des Aufbaus, eine unvergeßliche Verheißung des Sozialismus. Wien — das waren die großen, schönen hellen Arbeiterwohnsiedlungen, die Werke des Friedens und der Gemeinschaft, das war der Aufstieg aus Wohnhöhlen und engen Gassen, das waren die Heimstätten, Sonne und Leben für das Proletariat und seine Kinder.

Der Faschismus: das sind die Granaten in diese Werke des Friedens, das sind die zusammenbrechenden Fronten der Arbeiterheimstätten, das ist die Vernichtung des Guten, Schönen und Großen, das die Sozialdemokratie geschaffen hat.

Was euch gehört, eure Freiheit, eure Selbstbestimmung, euren Anteil am Leben, ihr müßt es verteidigen gegen den räuberischen Faschismus, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand — das ist die Lehre von Wien!

Dieser Untergang der hellen Werke der roten Gemeinde Wien unter dem Granatregen der Diktatur — das ist das Verbrechen, das ist die Weltchande des Faschismus, die Schande jener gewissenlosen Abenteurer um Dollfuß, Fey und Starhemberg. Dollfuß ist Hitler und Fey ist Göring!

Das ist der Haß, der abgründige Haß gegen jede Freiheit, gegen die Arbeiterkultur und das Menschentum, der Haß, der zu demütigen und in den Staub zu werfen trachtet, was groß und schön aus dem Volke selbst erwachsen ist. Das ist der Haß, der die Völker zerspaltet und den neuen Krieg gebiert!

Ein Volk, dessen Arbeiter ihrer Freiheit froh Werke der Kultur für sich und ihre Kinder errichteten, die dem Elend die Stirn boten, ist ein Spielball der Politik der Mächte geworden. Sein Selbstbestimmungsrecht ist gleichgesetzt worden mit den Plänen einer Abenteurerbande, die sich auf einige Zehntausende Bajonette stützt. Von den Mächten bewaffnet gegen den Hitlerfaschismus, haben diese Landsknechte den österreichischen Faschismus mit Blut begründet! Im Spiel um die Vorbereitung eines neuen Krieges, der über

den Völkern wie eine drohende Wolke hängt, ist an der österreichischen Arbeiterschaft ein ungeheures Verbrechen verübt worden. Die Westmächte haben Hitler stark werden lassen. Ihr Zaudern hat alle Diktaturfüsternen ermutigt. Die Errichtung der Filiale des Mussolini-Faschismus in Wien — das ist die Folge ihrer Politik!

Das Gewissen der Welt schläft — das war die Stunde für die großen Verbrecher des Faschismus. Mit atemloser Gespanntheit hat die Welt den beispiellosen Kampf in Oesterreich verfolgt. — Wenn die Spannung weicht, muß ein Schrei des Entsetzens und der Empörung sich erheben gegen das Verbrechen der Dollfuß, Fey und Starhemberg.

Das düstere Feuer der Wiener Erhebung leuchtet weithin. Wir, die wir nach Deutschland blicken und um Deutschland ringen, sehen in seinem Scheine den Weg und die Aufgabe vor uns: ungeheuer, voll Ernst und Opfer, wir sehen, daß jeder Schritt vorwärts zur Freiheit erkämpft werden muß.

Revolutionäre Sozialdemokratie! Ueber dem Wort leuchtet riesengroß der Feuerschein von Wien!

# Blutendes Oesterreich

## Das Werk des schwarzen Faschismus

Der faschistische Staatsstreich hat sich wie in Deutschland so auch in Oesterreich als ein verbrecherischer Ueberfall auf eine friedliche Kulturbewegung vollzogen. Wenn der Begriff der gerechten Notwehr überhaupt noch einen Sinn hat, dann war es gerechte Notwehr, in der die österreichischen Arbeiter zu den Waffen griffen. Die ganze unsündbare Blutschuld fällt ausschließlich und ungeteilt auf das Haupt der faschistischen Angreifer.

Indem der schwarze Faschismus den Arbeitermord in eigene Regie nahm, hat er aber nur die Geschäfte des braunen besorgt. Die Vernichtung der Demokratie, die Abschachtung ihrer todesmutigen Verteidiger ist Arbeit für Hitler und für den Krieg. Kann die österreichische Regierung mit ihren Händen, die rot sind vom Blut ermordeter Brüder, überhaupt noch den Gang zum Völkerbund wagen? Und wie will sie im Lande selbst den Angriff der Hakenkreuzler abwehren, nachdem sie die Kräfte der Demokratie militärisch vernichtet hat? Die Fey und Starhemberg haben ihr angeblich so heiß geliebtes österreichisches Vaterland wehrlos gemacht. Einzig und allein bei der Hitlerregierung liegt jetzt die Entscheidung, wie weit sie die Schwäche des ausgebluteten Nachbarn mißbrauchen, wie nahe sie an dem Abgrund des neuen Weltkrieges herantreten will.

Nicht abzusehen ist die Wirkung der österreichischen Ereignisse auf die katholische Welt. Die Dollfuß, Fey und Starhemberg geben sich genau wie die Papen und

Hitler als gute Katholiken. Aber diese Katholiken stehen nicht nur miteinander in einem Streit, an dem sich ein neuer Weltkrieg zu entzünden droht, sondern sie sind auch für alle Zeiten verabscheuungswerte Verkörperungen einer unmenschlichen Gesinnung geworden. In der menschlich freien Atmosphäre, die von der Sozialdemokratie geschaffen war, hatte die Kirche glückliche Zeiten erlebt, während sie jetzt unter Hitler und Papen harte Bedrückung erleidet. Aber sie scheint aus dieser bitteren Erfahrung nur den Schluß gezogen zu haben, daß sie zur Sicherung ihrer eigenen Herrschaft einer besonderen Sorte von Faschismus bedarf. Diese besondere Sorte von Faschismus hat jetzt in Oesterreich in einer Weise gewüthet, daß sie jedes Recht, sich von ihrem reichsdeutschen Bruder moralisch abzuheben, verloren hat.

Widerlich und über alle Maßen verächtlich ist die offene Schadenfreude, mit der die reichsdeutsche Despotie das Trauerspiel Oesterreichs begleitet. Wie die Bestialitäten des deutschen Faschismus den italienischen zur Folle dienen müssen, um ihn als noch verhältnismäßig menschlich erscheinen zu lassen, so beteuert jetzt der deutsche Faschismus angesichts der österreichischen Schlächtereien heuchlerisch seine bessere Wesensart. Er dankt dem Herrn, daß er nicht ist wie jene, und wäscht seine Hände in Unschuld.

Vor dem Licht der Wahrheit haben diese Lügen keinen Bestand. Wohl, der deutsche Faschismus, hat keinen ge-

waltsamen Widerstand gewaltsam gebrochen, weil er keinen gefunden hat. Dafür, daß er seine Gegner nicht im Straßenkampfe niedermetzeln konnte, hat er sich aber entschädigt, indem er die Wehrlosen in Gefängnissen und in Konzentrationslagern zu Tode foltern ließ. Mit dem furchtbaren Beispiel der deutschen Arbeiter vor Augen konnten sich die österreichischen nicht das Joch auf ihren Nacken legen lassen. Der Entschluß, sich nicht widerstandslos in die gleiche Knechtschaft hinabstoßen zu lassen, preßte ihnen die Flinte in die Faust. Das an der Arbeiterklasse Deutschlands begangene Verbrechen und seine Nachahmung durch die heimwehfaschistischen Stümper war die eigentliche Ursache des Blutbades in Oesterreich.

Und so schließt sich der Ring. Es erweitert sich jener Teil des europäischen Raums, in dem der Freiheitskampf der Arbeiterklasse nur noch als revolutionärer Kampf geführt werden kann. Insoweit hat der schwarze Faschismus den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zur Wirklichkeit gemacht. War die österreichische Katastrophe ein Nachspiel zur Tragödie Deutschlands, so haben wir heute ein Recht, die Erhebung der Proletarier von Wien und Graz, von Linz und Steyr als ein Vorspiel jener endgültigen Auseinandersetzung zu betrachten, die zwischen den deutschen Arbeiter und ihren Würgern eines Tages stattfinden wird und die vorzubereiten nun für die Revolutionäre Deutschlands und Oesterreichs gemeinsame Aufgabe geworden ist.



# Grauenhafter Gegensatz

## Ein Arbeiter unterm Beil — ein Lump Herr über Leben und Tod

Hitler wird getragen von der Liebe des Volkes. Wenn er im Auto ausfährt, muß er anpassen, daß ihm Mütter mit ihren Kindern vor lauter Liebe nicht ins Rad laufen. So sagte er selbst in einer Rede. Hier aber wollen wir Tatsachen sprechen lassen, die das blutige Gesicht Deutschlands zeigen. Ein junger Arbeiter muß den Kopf unterm Beil legen, weil er an eine große Idee glaubt. Derjenige aber, der das schöne, menschliche Begnadigungsrecht ausüben darf, trotzdem aber den Befehl zur Abschlagung des jungen Menschen gab, ist ein — krimineller Lump. Dieser grauenhafte Gegensatz beleuchtet die deutsche Verbrecherherrschaft in ihrer ganzen Furchbarkeit.

Aus Hamburg wird am 9. Februar amtlich gemeldet: Die vom hanseatischen Sondergericht gegen August Retzlag wegen Mordes ausgesprochene Todesstrafe ist am Morgen des gleichen Tages im Hofe des Untersuchungsgefängnisses durch Handbeil vollstreckt worden. Der Reichsstatthalter von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch gemacht.

Eine Alltagsmeldung des Dritten Reichs. Todesurteile und Hinrichtungen gehören zum Wesen der Hitlerdiktatur, und nach der grauenhaften Massenhinrichtung der sechs Kölner Kommunisten erregt die Tatsache einer Hinrichtung die Öffentlichkeit kaum noch.

Dennoch soll und darf diese Hamburger Meldung nicht untergehen, denn sie offenbart in der Tragödie eines Menschen das barbarische Wesen des deutschen Faschismus. Was steht hinter den dörren Worten der amtlichen Meldung an erschütternder Wirklichkeit?

Das Sondergericht hat einen Kommunisten, der des Mordes an einem Hitlerjungen beschuldigt wird, zum Tode verurteilt. Der Mord geschah in jener sturmbelegten Zeit, in der Kommunisten und Nationalsozialisten die rohe Gewalt, Schießprügel und Bomben als Mittel des politischen Kampfes propagierten und anwandten. Opfer fielen auf beiden Seiten. Schuldige standen auf beiden Seiten, aber während die nationalsozialistischen Mörder ausnahmslos frei ausgehen und sogar noch als Männer der „nationalen Tat“, als Kameraden des Führers gefeiert werden, müssen die Kommunisten zu Dutzenden ihre Taten mit dem Leben büßen, werden Schuldige und Unschuldige auf das Schafott gezerrt. In der Justiz des Dritten Reichs geht Gewalt vor Recht, und die Urteile der Sondergerichte strafen fast täglich den Reichskanzler Hitler Lügen, der nicht müde wird, der Welt von der unblutigen und humanen „nationalen Revolution“ zu erzählen.

Doch die Hinrichtung des Hamburger Kommunisten Retzlag sagt noch mehr. Sein Haupt fiel, weil der Reichsstatthalter von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch machte. Die Hamburger Hinrichtung ist die erste, seitdem Hindenburg im Zuge der Durchführung der sogenannten Reichsreform vom 30. Januar 1934 das Gnadenrecht für Preußen auf Hitler und für die übrigen Länder auf die Reichsstatthalter übertrug. Vor dem 30. Januar 1934 lag dieses Recht, über Leben und Tod von Menschen zu verfügen, in den Händen der Staatsministerien der Länder, jetzt gilt auch hier das „Führerprinzip“. Ein Mensch entscheidet über Tod und Leben, ein Mensch in jedem Land des Deutschen Reichs spricht das letzte Wort über das Leben seiner Bürger.

In Hamburg sprach dieses letzte Wort der Reichsstatthalter Kaufmann. Wir stellen keine großen Anforderungen an die moralischen und menschlichen Qualitäten der führenden Männer des Nationalsozialismus. Die Zahl der großen Verbrecher und der moralisch minderwertigen in der Führung der Nationalsozialisten ist so groß, daß schon ein leidlich Anständiger als ein Lichtblick in der Finsternis neudeutscher Barbarei erscheint. Aber wie groß muß die Gewissenlosigkeit eines Hitler, wie groß muß die Willenlosigkeit eines Hindenburg sein, wenn beide das Gnadenrecht, die höchste, edelste und verantwortlichsche Funktion eines jeden leidlich zivilisierten Staatswesens in die Hand eines Mannes wie den Reichsstatthalter Kaufmann legen.

Wer ist Kaufmann? Kaufmann ist ein Mann des Jahrganges 1900, zählt also heute knapp 34 Jahre. Der Umsturz hat ihn an die Spitze des Hamburger Staates getragen, und selbstverständlich wurde er auch Reichsstatthalter, also unmittelbar Beauftragter des Reichskanzlers Hitlers. Zu dieser Machtstellung kam Kaufmann, obwohl ihn seine Parteigenossen seit Jahr und Tag der Lüge, der schweren Urkundenfälschung und der Ehrabschneiderei bezichtigten. Schon am 22. Juli 1929 hatte die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, Bezirk Bergisch

Land-Niederrhein über ihren Parteigenossen und Gauleiter Kaufmann folgende Feststellungen getroffen:

1. Kaufmann hat 8 Jahre lang seinem großen politischen Bekanntheitswort wahrheitswidrig vorgelogen, er sei alter Frontsoldat.

2. Um diese Lüge glaubhaft zu machen, hat er sowohl mit dem SK. II als auch mit dem Offiziersflieger-Beobachtungszeichen Ordensschwindel getrieben und diese Auszeichnungen, deren letzteres nur für Tapferkeit vor dem Feinde verliehen wurde getragen. Dieses bis in die letzten Jahre hinein. (Anlage-Urkunde).

3. Pz. Kaufmann nahm anlässlich der Wahlen November-Dezember 1924 in seinem Familienstammbuch eine Urkundenfälschung vor, um dadurch ein Jahr älter zu sein und sich hierdurch das passive Wahlrecht zu erschleichen. Zeuge hierfür: Der Bruder Alfred Kaufmann, z. Zt. München-Hohenzollernstraße. Es liegt hier schwere Urkundenfälschungen nach § 267, Abs. 2 BGB. vor. Dieser § besagt: „Wer in rechtswidriger Absicht zum Zwecke der Täuschung inländische öffentliche Urkunden verfälscht und von denselben zum Zwecke der Täuschung Gebrauch macht, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.“

4. Kaufmann gab sowohl dem Pz. Vetter wie auch dem Pz. Koch eine ehrenwörtliche Versicherung ab, die sich späterhin als un- wahr herausstellte (Aussagen, Urkunden wie Feststellungen seitens Major Buch selbst).

5. Kaufmann hat in unverantwortlicher

## Täglich besser und besser?

### Elend und Knechtschaft!

Es liegt uns eine Reihe von Berichten über die Lage der deutschen Arbeiterschaft vor, in Rundfunkreden und Propagandaartikeln betet das Regime den bekannten Vers: Es geht den Arbeitern täglich besser und besser.

Einwandfreie Berichte zeigen uns: Lohndruck auf der ganzen Linie, der widerspruchslos ertragen werden muß unter der Drohung der Hungerpeitsche. Die Organisationen der Arbeiter restlos zerschlagen, jeder Organisationsversuch grausam verfolgt. Wie die Sklaven werden die Arbeiter unter Bewachung zu Versammlungen geführt. Wohlfahrtsempfänger werden mit Drohungen und Prügelein zur Arbeit getrieben. „Ihr habt nicht zu denken“ — so sagte ihnen ein Nazi-funktionär in Pirmasens — „wir denken für Euch“. Grauenhaft ist das Los der Erwerbslosen. Sie liegen auf der Straße. Sie hungern und müssen noch dazu die Lügen der Propaganda ertragen, daß die Arbeitslosigkeit zurückgehe. Wehe dem Arbeiter, wehe dem Erwerbslosen, der aufschreit — ihm droht Konzentrationslager und Justizterror! Wer dies Schicksal tragen muß, den fängt keine Propagandalüge. Wer hungert, der läßt sich nichts vorlügen daß er satt sei.

Freiheit fehlt den deutschen Arbeitern! Freiheit sich zu wehren, Freiheit, sich zusammenzuschließen. Ihr Elend ist die Folge der Knechtschaft. Die Freiheit aber werden sie nur im Kampfe gewinnen!

## Von Stalin zu Hitler

Zwei kommunistische Führer aus Leipzig sind zu Hitler übergelaufen. Es sind der frühere Vorsitzende der ehemaligen kommunistischen Stadtverordnetenfraktion Fritz Dasecke und der frühere Vorsitzende der ehemaligen kommunistischen Bezirksfraktion Walter Otto. Sie haben eine Broschüre über ihre Wandlung veröffentlicht, in der sie Hitler lobhudein und vor ihm auf dem Bauche rutschen. Diese beiden, die früher die Sozialdemokratische Partei auf das widerlichste bekämpft haben, haben die Broschüre nicht unter Druck geschrieben. Wohl waren sie wie viele zehntausende sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter in Schutzhaft, aber sie sind seit Monaten bereits wieder in Freiheit. Sie haben die Broschüre geschrieben, um als makellose Faschisten an der Karriere im Dritten Reich teilnehmen zu können!

Im Schutzhaftlager sind die beiden gemeinsam mit dem früheren kommunistischen Stadtverordnetenvorsteher aus Chemnitz Wesche als Propagandisten für Hitler tätig gewesen. Sie rühmen sich dessen in ihrer Schrift. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben sich von

Wise die Gattin des Pz. Lutze, wie die des Pz. Koch verlobnet und ihnen dadurch die Ehre abgeschnitten.

Ein Untersuchungsausschuß der Partei hat alle diese schweren Vorwürfe als erwiesen festgestellt. Trotzdem ist Kaufmann einer der höchsten Beamten des Dritten Reichs, und ein Lügner, Urkundenfälscher und Ehrabschneider entscheidet als Gnadeninstanz über Tod und Leben.

Unter den Verbrechern, die heute Deutschland regieren, ist Kaufmann ein kleiner Lump. Er hat sich seinen Weg mit Lügen und Urkundenfälschungen nach oben gebahnt, wo andere — nennen wir nur Heines und Göring — über Leichen gingen. Aber daß diese kleinen Lumpen, die um persönlichen Vorteils willen lügen und betrügen, heute Führer der Nation genannt und mit der Machtvollkommenheit solcher Führer gesetzlich und legal ausgestattet werden, das kennzeichnet das System.

Wir haben fürchterliches, unvorstellbar Grausames in dem einen Jahr Hitlerdiktatur erlebt, und die Fülle des Erlebten droht selbst unseren Blick zu trüben, für die erschütternde Verwahrlosung von Sitte, Kultur und Recht.

Hier aber, wo zwei Menschen vor unser Auge treten, der junge Kommunist, der sein Leben verwirkte und der junge Lump, der in Hitlerdeutschland das Gnadenrecht ausübt, offenbart sich die Größe der Kulturschande, die das faschistische System bedeutet. Im Kampf gegen dieses System geht es nicht nur um eine neue staatliche und wirtschaftliche Ordnung, es geht nicht nur um die Beseitigung der Gewaltherrschaft einer gewissenlosen Führerelite, es geht um Sauberkeit, Wahrheit und Würde; kurzum es geht um die Menschlichkeit.

ihnen mit Verachtung abgewandt, bei ihren kommunistischen Parteiliebenden fanden sie leichteres Spiel: „Der Einbruch ins sozialdemokratische Lager war bedeutend schwieriger“ — so heißt es in der Renegatenbroschüre.

Bewunderung und Anerkennung für Hitler, gemischt mit schmutzigsten Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie, das ist der Inhalt dieser Broschüre. Was haben die Kommunisten anderes gelernt, als auf Sozialdemokraten zu schimpfen?

## Wühlmäuse

### Macht Göbbels kommunistische Propaganda?

Die Magdeburger Gauführung des Winterhilfswerkes veröffentlicht in den dortigen Tageszeitungen nachfolgenden Ukas:

„Von unberufenen Elementen wurden in der letzten Zeit verschiedene Plakate des Winterhilfswerkes und der NS-Volkswohlfahrt abgerissen, da man in diesen eine kommunistische Propaganda entdeckt haben will. Die Gauführung des Winterhilfswerkes verweist hiermit nochmals auf den Aufruf des Reichspropagandaministeriums, aus dem hervorgeht, daß die Beschädigung der Plakate strengstens verboten ist. Jeder, der beim Beschädigen oder Abreißen betroffen wird, wird strafrechtlich verfolgt.“

Offizielle Naziplakate, die von Nazis abgerissen werden, weil sie kommunistische Propaganda enthalten! Gehen die Wühlmäuse der „marxistischen Zersetzung“ bereits durch die Türen des Propagandaministeriums?

## Aufbruch zur Futterkrippe

### Ein Schulfeldspiel nationalsozialistischer Korruption.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft teilt mit:

„Hervorragende Verdienste ihrer Beamten und Arbeiter um die nationale Erhebung will die Deutsche Reichsbahngesellschaft durch Förderung im Dienstverhältnis anerkennen. Eine solche Förderung sollen diejenigen erhalten, die vor dem 30. Januar 1933 als Angehörige der SA, SS, und des Stahlhelms oder als Amtswalter der politischen Organisationen der NSDAP, durch Tat und Wort besonders für die nationale Erhebung eingetreten sind und die Gewähr bieten, daß sie auch fernerhin vorbildlich und erzieherisch im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung wirken werden.“

Wir schlagen vor: Für jede schwere Körperverletzung im Dienst der „nationalen Erhebung“ gewähre man fünfzig Prozent, und für jeden einwandfrei nachweisbaren Fememord an „marxistischen Untermenschen“ 80-Prozent-Gehaltszuschlag! Das Ganze heißt: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

## Angeblisches

### Löbe-Interview

Die Hitlerpropaganda verbreitete dieser Tage ein angebliches Interview, das der Berliner Mitarbeiter der „Libre Belgique“ mit Paul Löbe gehabt haben will. Derselbe Korrespondent, dessen Unzuverlässigkeit bekannt ist, hat kürzlich auch die Bekohlung Torglers zur NSDAP, gemeldet. Man kann also aus seiner Meldung keineswegs mit Bestimmtheit entnehmen, ob Löbe etwas zu ihm gesagt hat und was er gesagt hat.

Der belgische aber offenbar auch dem Berliner Propagandaministerium nicht fernstehende Journalist läßt Löbe selber sagen, daß er nur gegen das Versprechen, sich nicht mehr politisch zu betätigen, freigelassen worden sei. Hätte sich Löbe dann dennoch politisch geäußert, so wäre das ein offener Widerspruch.

Kein Mensch darf heute in Deutschland ein Wort sagen, das den Despoten mißfällt. Wer unter solchen Umständen ein Wort zu ihrem Löbe sagt, der entwürdigt sich selbst. Wir können uns daher nicht denken, daß Löbe gesprochen hat, wie der belgische Korrespondent berichtet.

## Ein Arzt schreibt:

Das „Aerzteblatt für Sachsen“ schreibt in seinem ersten Heft von 1934:

„Die Einsteinsche Relativitätstheorie und die Freudsche Psychoanalyse sowie ihre Verkünder waren Kräfte jener Art, die an den Grundlagen unserer arisch-germanischen Kultur nagten — wie der giftige geringelte Nidhögger an den Wurzeln der Weltseele Ygdrasil in unserer tiefstnigen Edda...“

Wie die Nachschatten und Fledermäuse vor der aufgehenden Sonne flüchten und schwinden, so flüchteten Scharen solcher Nachtgespenster wie Einstein, Kerr, Bernhard, Isidor Weiß und andere bolschewistische Kulturmörder, aus Deutschland und gingen ins feindliche Ausland, um dort den Krieg gegen Deutschland und seine wahre Kultur mit „anderen Mitteln fortzusetzen.“ Daß nunmehr in unserem teuren Vaterland nur kerndeutsche Kultur und Wissenschaft rein und unverfälscht wachsen, blühen und gedeihen sollen, dafür hat unser Volkskanzler kerndeutsche Kulturminister eingesetzt, die ein scharfes Auge besitzen und das Gewissen der deutschen Nation wach halten werden! An unseren Universitäten werden nur ernste Biologen Aufklärung verbreiten, unbeeinflusst von den lächerlichen, unhaltbaren Phrasen der sogenannten „Großen Französischen“ Revolution und ihren Verleuchern, die „alles für gleich erklärten, was Menschenantizität“ (bekanntlich ein Wort J. G. Fichtes! Red. d. „N.V.“) die von Humanität fasseten... Nein, dieser Nachtspek ist Hitler Reich endgültig verschwunden und wir dürfen mit unserem herrlichen Ulrich von Hutten sagen: Es ist eine Lust, in dieser Zeit zu leben...“

## Und die Kurpfuscher:

Der „Gesundheitslehrer“ schreibt: „Deutsche Volks- und Reformärzte! Deutsche Heilpraktiker! Wollt ihr dem vergifteten und irregeleiteten deutscharischen Blute eurer deutschen Schwestern und Brüder im Sinne altarischer Kultur, und Weltanschauung zur Wiedergesundung verhelfen, dann ist euer Platz nicht bei der art- und wesensfremden Homöopathie Samuel Hanemanns, deren Begründer, genau wie sein Rassengenosse Heine, die letzten Jahre seines Lebens in Opposition gegen das Deutschland in Paris verbrachte, obwohl er im Jahre 1843 auch starb, sondern bei der allein rein deutschen, arischen polarbiochemischen Naturheilkunde, deren Wurzeln, Jahrtausende zurückreichend, in den altarischen Anschauungslehren gründen, die vom Himmelgehoht, durch die Polaritätstheorie der nordischen Runenweisheit erschlossen sind. Entweder seid ihr Deutsche Helfer und Wegweiser zum neuerwachten Arieritag oder ihr sinkt mit dem zur Neige gehenden Eurasiertag und seiner Unheil-methode in die natur- und weltgesetzmäßig bedingte Chaosnacht der unarischen Fremdlinge.“

## Industrielles Unternehmen in Paris

mit großen Staats- und Privataufträgen für lange Sicht, sucht Beteiligungen. Bei entsprechender Einlage aktive Mitarbeit möglich. Risiko-löse Kapitalanlage bei hohem Gewinn. Offerten erbeten an Dr. Boris Skomorowski — 141 rue Broca — Paris (13e).



# Die drohende Kriegsgefahr

## Die englische Begünstigung der deutschen Rüstungen

Am 6. Februar hat das englische Unterhaus das englische Memorandum zur Abrüstungskonferenz beraten. Dies Memorandum gestattet eine deutsche Aufrüstung, es ist der sichtbare Ausdruck der Tatsache, daß von Abrüstung keine Rede mehr ist. In der Debatte sprachen für die Arbeiterpartei die Abgeordneten Attlee, Cocks und Sir Stafford Cripps. Ihre Reden, die wir im folgenden wiedergeben, kennzeichnen die gefährliche Spannung in Europa.

Attlee (Limehouse):

Meine Parteifreunde haben nie erklärt, daß sie mit den Vorschlägen des Abrüstungskonventionenentwurfs zufrieden seien und sie sind nicht im allermindesten zufrieden mit dem neuen Memorandum. Es scheint mir ein äußerst bedauerliches Elaborat als Ergebnis der Abrüstungsberatungen zu sein und es gilt zu erkennen, wie sehr dieses Resultat den früheren Fehlern der britischen und anderer Regierungen zuzuschreiben ist.

Im Verlauf der Debatte über die Abrüstung haben wir eine allmähliche Aenderung der Ausdrucksweise erlebt. Seinerzeit sprachen wir von Abrüstung allein; dann tauchten Fragen der Möglichkeit der Wiederaufrüstung auf; und nun ist man in der Rede des Außenministers bis zur Rezullierung der Rüstungen und der Wiederaufrüstung gelangt. Wir gingen aus der Grundlage, daß die Welt abrüsten solle; nun sagt man uns, daß es keine Möglichkeit gebe, die Waffen sofort aufzugeben, die den abgerüsteten Ländern verboten wurden, weil es sich um Offensivwaffen handelte, man erzählt uns, daß offenkundig eine solche Lösung gegenwärtig praktisch un erreichbar sei. Das Memorandum schweigt sich allerdings darüber aus, warum das un erreichbar sei.

Das Memorandum ist in der Hauptsache ein Vorschlag für die Aufrüstung Deutschlands (Beifall bei der Opposition). Praktisch sagen wir wiederum, daß Deutschland eine Armee, und zwar eine vergrößerte Armee haben solle.

Zunächst haben wir zugestimmt, daß eine Kommission für die Abschaffung der Militärluftflotte tagen solle, aber man hat so wenig Zutrauen dazu, daß besondere Flugzeugabwehrschütze für die zwei Jahre vorgesehen sind, in denen die Kommission tagen soll. Daraus ergibt sich vollkommen klar, daß wir nicht ernsthaft daran glauben, daß die Abschaffung der Luftflotte erzielt werden kann.

Sir John Simon hat besonders die absolute Notwendigkeit hervorgehoben, Deutschland die Gleichheit zuzugestehen. Er hat das dargestellt, als wäre das eines der Axiome, die niemand überhaupt in Zweifel ziehen könne. Was mich besonders berührt, ist, wie plötzlich die Bekehrung des Außenministers und derer, die ihm Beifall klatschten, gekommen ist.

Deutschlands Stellung nach dem Vertrag von Versailles ist immer wieder hervorgehoben worden. Deutschlands Forderungen wurden immer wieder abgelehnt und erst jetzt ist die große Erleichterung über den Außenminister gekommen und er hat entdeckt, daß es ein Axiom sei, daß Gleichberechtigung bestehen müsse.

Der Außenminister ist ein großer Rechtsanwalt und die Frage, die die Welt seit dem Krieg bewegt hat, war die, ob die Gewalt oder das Recht herrschen soll. Der große Rechtsanwalt hat mehr für die Herrschaft der Gewalt gegen die Herrschaft des Rechts getan als irgend ein anderer Außenminister (Beifall bei der Opposition).

Deutschlands Gleichberechtigung wird zu spät gewährt; sie wird nicht der Vernunft, sondern der Gewalt gewährt. In der Tat hat der Außenminister gesagt, daß der Weg, etwas durchzusetzen, der sei, die Abrüstungskonferenz zu verlassen, aus dem Völkerbund auszutreten und kriegerische Reden zu führen; dann erhält man Konzessionen (Beifall bei der Opposition).

Dasselbe hat der Außenminister schon früher gemacht, indem er die Herrschaft des Rechts in der Frage des Fernen Ostens zugunsten der Herrschaft der Gewalt stürzte (Beifall bei der Opposition). Die Herren Deutschlands haben offen gesagt, daß Japan ein Vorbild dafür sei, wie man die übrige Welt behandeln müsse.

Das wirkliche Versagen der Abrüstungskonferenz ist nicht in der Hauptsache den Schwierigkeiten bei der Erörterung von 6- oder 30-Tonnen-Tanks oder von Aeroplanen zuzuschreiben, sondern dem Umstand, daß der Grundsatz der Nichtanwendung der Gewalt in internationalen Angelegenheiten überhaupt nicht durchgesetzt worden sei. Wenn man im

Memorandum liest, daß „das Ziel die Aufrechterhaltung des Friedens ist. Obwohl die Steigerung der bewaffneten Kräfte aus Gründen der Verteidigung erfolgen mag, ist sie ein Zeichen der Furcht vor Angriffen von anderen und ein Maß für die Erregung und die Zwietracht zwischen den Völkern“, so ist das ein Beweis für den Mangel an Vertrauen zum System kollektiver Sicherheit des Völkerbundes und zu allen Vertragsgarantien (Beifall bei der Opposition). Die ganze Idee der Sicherheit brach zusammen, als die Welt sich in der Angelegenheit des chinesisch-japanischen Konfliktes nicht durchsetzen konnte (Beifall bei der Opposition), was tatsächlich bedeutete, daß man zur Weltgarantie kein Vertrauen haben könne. Was nützt es, wenn man im Memorandum glaubt, die Forderung nach Sicherheit durch die Sammlung einer Anzahl Papiergarantien erfüllen zu können und schließlich erklärt, „man hat ein Recht zu erwarten, daß, wenn diese Bestimmungen und Verpflichtungen feierlich eingegangen würden, sie nicht leichtfertig verletzt würden und jeder Verletzung auf die praktischste und wirksamste Weise dadurch begegnet würde, daß die Regierungen und Staaten sofort zur Unterstützung des Weltfriedens und zur Herstellung des Einvernehmens gegen den Friedensstörer und Rechtsverletzer zusammen-treten?“

Das Schlimmste ist, daß gegenwärtig kein wirklicher Glaube an Sicherheit besteht.

Die Labour Party hat niemals ihre Überzeugung verschwiegen, daß um der Sicherheit willen die volle Abrüstung verwirklicht werden müsse. Sie wurde als Kriegshetzerin angeprangert, als sie vorschlug, daß England sein Wort erfüllen solle, was nicht notwendigerweise andere Wege, den Frieden zu erzwingen, aber wenn man an ein Kollektivsystem glaubt, müssen gewisse Sanktionen dahinter stehen. Vielleicht ist das Wissen um den Umstand, daß Sir John Simon niemals bereit war durchzuhalten, wenn es zu diesem Punkt kam, dafür verantwortlich, daß wir immer wieder zurückweichen mußten. Es hat keinen Sinn, wenn der Außenminister sich stark macht, da es bekannt ist, daß er niemals um irgend einer Sache willen, nicht einmal um der kollektiven Sicherheit willen das Schwert ziehen werde.

So lange die Welt von den Grundsätzen innerer Konkurrenz und von gegnerischen Parteien zerrissen wird, die den nationalen Enthusiasmus für ihre eigenen Zwecke ausnützen, so lange werden wir mit der Abrüstungskonferenz nicht weit kommen. Die Labour Party ist der Meinung, daß das Äußerste, was aus diesem Dokument, selbst wenn es von Deutschland, Frankreich und den anderen Mächten angenommen würde, herausgeholt werden könnte, eine sehr kurze Atempause ist, die nicht mit Arbeit für den Frieden, sondern mit Manövern für die nächsten Kriege erfüllt wäre. (Beifall bei der Opposition).

Cocks (Broxtowe)

Das Versprechen der Gleichberechtigung an Deutschland hat sowohl den friedensfreundlichen Elementen in Deutschland als auch der Abrüstungskonferenz selbst einen Streich versetzt. Deutschland verlangt volle Aufrüstung zu Land, zur See und in der Luft. In Durchführung seiner Politik, das Wort Frieden aus dem Wörterbuch der Welt zu streichen.

Deutschlands Ziel ist nicht die Gleichheit, sondern die militärische Vormacht in Europa, um seinen Willen den Nachbarn aufzuzwingen und schließlich den Versailler Vertrag zu zerreißen. Dennoch schlägt die britische Regierung vor, Deutschland die Waffen zurückzugeben, die man ihm im Versailler Vertrag nahm. Glaubt irgend jemand wirklich, daß ein von Deutschland unterzeichnetes Nichtangriffspakt überhaupt etwas wert sei? (Hört, hört!)

Angesichts der gegenwärtigen Lage in Deutschland sind die Vorschläge im Memorandum lächerlich. Da Deutschland den Völkerbund aus eigenem Willen verlassen hat, sollte kein Versuch gemacht werden, es wieder dorthin zurückzuführen. Wenn Deutschland draußen ist, soll es draußen bleiben, so fern es nur die Bestimmungen der verschiedenen Verträge beobachtet, die es unterzeichnet hat (Hört, hört!)

Der einzige Weg, Sicherheit zu erzielen, besteht für alle Völker darin, einen eindeutigen Vertrag abzuschließen, wonach jeder von ihnen, der nach Schiedsgerichtsbarkeit un-recht angegriffen wird, von allen anderen un-

terstützt wird. Ein Teil dieses Paktes muß eine Definition des Begriffs „Angriff“ sein.

Sir Stafford Cripps.

Das Memorandum entspricht nicht der Wirklichkeit. Es ignoriert bekannte und entscheidende Faktoren der internationalen Lage. Will Herr Eden ausdrücklich erklären, ob wir, wenn andere Regierungen bereit sind, bis auf das Niveau von Deutschland abzurüsten und alle Offensivwaffen abzuschaffen, bereit wären, dasselbe zu tun? Wenn die Regierung diese Frage nicht beantworten kann, ist es absolut falsch, daß sie im Memorandum Erklärungen abgibt, aus denen hervorgeht, daß der Fehler nicht bei ihr liegt. Die Wahrheit scheint zu sein, daß kein Land bereit ist, sich den Ge-

## Proletariat minderwertige Rasse

### Hitlers neueste Rassentheorie

Hitler hat der Unternehmersdiktatur ein neues Stichwort gegeben: Das Proletariat ist eine Unterrasse, die Unternehmer bilden die Herrenrasse. Der Marxismus ist — so hat er in einer Rede vor Studenten verkündet — der Versuch, die Völker in ihre Rassenkerne aufzuspalten, um die minderwertige Rasse — das Proletariat — gegen die Erobererrasse aufzuwiegen. Das ist eine Lehre, die einem Feudalherrn aus dem 9. Jahrhundert Ehre gemacht haben würde. Für den Anstreicher aus Braunau ist es eine blöde Selbstbeschmutzung!

Er hat die Rosenbergschen Konzepte schlecht gelesen! Das Aufspalten nach Rassenkernen ist nicht marxistisch — es ist von jeher eine alldeutsche Lieblingsidee gewesen! Eroberte Völker von Rassengerichten untersuchen zu lassen — die „nicht germanische“ Rasse dann zu entrechteten, zu versklaven, ihre Ehe und Fortpflanzung zu verbieten — das ist alldeutsche Tradition. Sie hat ihren Niederschlag in Hitlers Buch „Mein Kampf“ gefunden. Hitlers Vorbild, Josef Ludwig Reimer, hat ihm das Aufspalten nach Rassenkernen vorgebetet. In seinem Buch „Ein pan-germanisches Deutschland“, das im Jahre 1905 erschien, enthüllt er, welches Schicksal er den Franzosen und den slawischen Völkern zgedacht hatte.

„Die in Betracht kommenden, in ihrer Masse agermanischen Völker in ihre Komponenten zu zerlegen, das Germanische an uns zu ziehen und zu ver-deutschen, das Agermanische abzustößen... Die Geschichte hat uns bisher kein Beispiel geliefert, wie man eine Nation in die sie zusammensetzenden Rassen zerlegt. Ich stelle mir vor, daß man — etwa so, wie es heute in den Rekrutierungskommissionen an-gedeutet ist — eine Art Kommission aus Anthropologen, Züchtern, Künstlern und Aerzten mit dieser Aufgabe betraue.“

Hier ist die Quelle der Aufspaltung nach Rassenkernen! Hitler hat sie übernommen — nur mit dem Unterschied, daß er sie am deutschen Volke erproben will! Er braucht dazu keine Kommissionen aus Anthropologen und Züchtern. Für ihn ist es klar: wer Prolet ist, ist minderwertig! Also sprach er zu den Studenten:

„Eines aber muß uns allen klar sein: Wenn wir auf die Erhaltung der Gemeinschaft des deutschen Volkes überhaupt Wert legen, müssen wir die politische Führung autoritär jenem Bestandteil übertragen, der nicht nur hierzu von Natur aus geeignet ist, sondern auch durch seine geschichtlich feststellbare Tätigkeit die Bildung des deutschen Volkes ermöglichte und vollzog.“

Meint er die Hohenzollern und ihre Junker, meint er die Unternehmer, oder meint er sich selbst? Eines ist sicher: das Verhältnis der Unternehmer zum Proletariat wird von ihm bezeichnet als das Verhältnis von höherwertiger zu minderwertiger Rasse.

Seine eigene Rassenmischung ist mindestens zweifelhaft, fest steht nur, daß er ebenso arisch ist wie die Japaner. Mit der rassenmäßigen Herkunft der Hohenzollern und des Feudaladels ist es eine ebenso zweifelhafte Sache, von den Unternehmern gar nicht zu reden. Das deutsche Volk ist nun einmal ein Mischvolk, das ebenso wenig einen ein-

fahren wirklicher Abrüstung auszusetzen, ohne mehr zu empfangen als bloße Papiersicherheit. Der Umstand, daß wir selbst bestimmen wollen, ob ein Angriff vorliegt, macht die Sicherheit für die anderen Vertragsparteien ungewiß. Solange diese Lage besteht, ist es unmöglich, wirkliche Abrüstung zu erzielen.

Das Einzige, was zu tun ist, besteht darin, irgend eine Form internationaler Polizei zu errichten. Wenn nicht irgend etwas dieser Art geschaffen wird, kommen wir niemals über die Hauptschwierigkeit der Sicherheit hinweg, ohne deren Ueberwindung die Diskussion über die Größe der Heeresstände, die Zahl der Tanks, Gewehre usw. bloße Zeitverschwendung ist. Ich möchte ferner fragen, ob bei der geforderten allgemeinen Zustimmung auch Japan eingeschlossen ist, andernfalls wäre das Dokument für den Papierkorb bestimmt. Die Länder, die die Abrüstung wollen, müssen den kriegsstiftenden Ländern erklären, daß sie sich entscheiden müssen und daß sie sich absetz stellen müssen, wenn sie nicht die Regeln akzeptieren wollen, die die anderen Länder wünschen.

heitlichen Kern hat wie es jeweils ein wirkliches Muttergebiet besessen hat!

Eins aber ist sicher: das deutsche Industrieproletariat stammt aus „Blut und Boden“ und von der Schoofe! Es ist vom Land in die Stadt geströmt, weil Stadtluft frei macht! Es sind die Nachfahren der getretenen und gedrückten Bauern und Landarbeitern, ihre Stämme reichen zurück in die deutsche Landbevölkerung. Ihr Weg in die Stadt war ein Weg zur Freiheit! Es ist der blutigste Hohn, wenn der aus Braunau zugelaufene Hitler, der aus ähnlichen Schichten stammt, heute die Nachfahren der deutschen Bauern als minderwertige Rasse beschimpft, nachdem er im Dienste der Unternehmer ihnen die Freiheit geraubt hat!

Wenn ein Narr in seinen Reden die Weltgeschichte umdreht, wird sie deshalb doch nicht anders! Diese beschimpfende Minder-rassentheorie ist ein Selbstverrat Hitlers an sich selbst, ist eine Bauchruftschere vor den Ausbeutern, ist die Gestinnung eines echten Kleinbürgers!

Der Drang nach Freiheit hat die Vorfahren der Proletarier vom Lande in die Stadt getrieben. Der Drang nach Freiheit hat die Proletarier zum Sozialismus geführt. Der Drang nach Freiheit wird einst die „Herrenrasse“ der Hitlerdiktatur stürzen, und wo dieser Drang nach Freiheit ist — da ist in Wahrheit das deutsche Volk!

## Rassenprüfung beim Adel

In den Gothaischen Taschenbüchern für das Jahr 1934 wird mitgeteilt, daß in den deutschen Adelsfamilien eine Nachprüfung der arischen Abstammung eingesetzt habe. Auf Anordnung der Deutschen Adelsgenossenschaft hat jeder Adelige seine Ahnentafel beim Deutschen Adelsgerichtshof, dem ein Vertreter des Deutschen Ministeriums angehört, einzureichen. Es wird die arische Abstammung lückenlos bis zur 32. Reihe gefordert.

Wenn dieses Unternehmen tatsächlich durchgeführt wird, darf man annehmen, daß nur ein sehr geringer Teil des deutschen Adels sich als „arisch“ erweist. Denn schon jetzt, wo nur der Nachweis verlangt wurde, daß man keine jüdische Großmutter habe, mußte für das Offizierskorps der Reichswehr eine Ausnahmebestimmung getroffen werden, da sonst die Gefahr bestand, daß ein großer Teil der adligen Offiziere den Dienst hätte quittieren müssen. Es muß auch daran erinnert werden, daß vor kurzem ein Artikel von Karl Fahrenhorst, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter beim Sachverständigen für Rasseforschung im Reichsministerium des Innern (so was gibt es!) durch die Presse ging, in dem in langen Ausführungen dargelegt wurde, daß kein „jüdisches Blut in den Adern des Fürsten Otto von Bismarck“ fließe. In diesem Artikel wurde bitter darüber Klage geführt, daß der im Jahre 1914 in München erschienene „Semi-Gotha“, der an sich ein durchaus verdienstliches Werk sei, durch kritiklose Aufnahme vieler Adelsgeschlechter, die auch nicht einen Tropfen jüdischen Blutes in sich tragen, „viel Unheil in völkischen Kreisen angerichtet“ habe. Was wird werden, wenn die deutschen Adligen jetzt ihre Ahnentafel bis zur 32. Reihe beim Adelsgerichtshof einreichen müssen?



# Die Ehrenmänner enthüllen sich

Hitler läßt den Gerecke-Prozess wieder aufrollen, um einen Skandal gegen die monarchistischen Junker zu entfesseln!

Man schreibt uns:

Es ist kein purer Zufall, daß gerade in diesem Augenblick das Reichsgericht dem Revisionsantrag des Berliner Staatsanwalts stattgegeben und das Urteil gegen Doktor Gerecke aufgehoben hat. Und erst recht nicht, daß die Leipziger Richter zugleich beschlossen haben, die dem Angeklagten Gerecke seinerzeit

im Falle Hindenburg-Wahlfonds

gewährte Amnestie dürfte nicht gelten. So daß also auch dieser Zentralpunkt der Beschuldigungen nunmehr im Gerichtssaal erörtert werden muß.

Die Leipziger Mitteilung wird gewissen feinen Herren in Deutschland wie ein Schreck in die Glieder gefahren sein. Das war die unverkennbare Absicht der Hitler-Regierung: Sie will gegen die Leute, die schon monarchistische Morgenluft witterten, einen Korruptions-Skandal entfesseln, daß ihnen für lange Zeit die Lust zu Fronde-Versuchen vergeht. Der Stoß zielt aber noch weiter! Er soll einen Kreis treffen, der noch immer den letzten imperatorischen Unterwerfungs-Plänen Hitlers hindernd im Wege steht: die Personen um Hindenburg und, womöglich, der Reichspräsident selber sollen diskreditiert werden!

Damals, im Juni vorigen Jahres, als Gerecke auf der Anklagebank saß und auch die Frage erörtert werden sollte,

was aus den in beträchtlicher Menge übriggebliebenen Geldern des Hindenburg-Wahl-ausschusses geworden war,

wurden durch die erforderlichen Zeugen-Meinungen und durch die Prozeßregie des gehörig instruierten Gerichtsvorsitzenden, der einfach alle verhänglichen Fragen im weiten Umkreis abschneidet, die dunklen Punkte aus der Beleuchtung ausgeschlossen. Die Bloßstellung des Hindenburg-Kreises paßte zu jener Zeit den braunen Machthabern noch nicht in den Kram; sie brauchten noch den alten Herrn und wollten es sich auch nicht mit einer noch einflußreichen Clique verderben. Seitdem sind in der politischen Landschaft erhebliche Veränderungen vor sich gegangen. Der Widerstand aus der monarchistisch-agrarischen Gegend wird unbequemer; er ist besonders fühlbar im Offizierskorps und in den hohen Kommandostellen der Reichswehr. Hitler zahlte die ihm von der deutschen Reaktion zugeflossenen Millionen in

über 200 Millionen Osthilfe-Geldern

zurück. Er glaubte, die Ostelbier dadurch für immer bei der Stange zu halten. Aber dann erlebte auch er die deutsche Treue. Und nun greift der Ehrenmann zu dem — schon von Schleicher allerdings mit katastrophalem Ergebnis versuchten — Rezept, über die anderen Ehrenmänner auszupacken.

Gerecke ist damals nur wegen der Untreue, die er gegenüber der Landvolk-Verbandszeit-schrift begangen haben soll, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und hunderttausend Mark Geldstrafe verurteilt worden. Den engelsreinen Herren Deutschlands genügte die Verurteilung in diesem einen Falle, weil dadurch ihren propagandistischen Bedürfnissen entsprochen und zugleich auch die treibende Kraft eines Widerstandskreises erledigt wurde. Durch die Aufrollung der Affäre Hindenburg-Wahlfonds wendet sich aber nunmehr der mehr oder minder bedeutungsvolle Korruptionsfall zu einem politischen Vorgang, dessen Zielrichtung zwar heute schon erkennbar, der aber in seinen Auswirkungen noch nicht zu übersehen ist.

Gerecke war in den letzten zwei Jahren vor Hitler Vertrauensmann im Hause Hindenburg.

Der alte Herr hatte diesen jungen Mann in sein Herz geschlossen, und auch der Oberst von Hindenburg war mit ihm dick befreundet. Sogar noch nach dem 30. Januar war er häufiger Besucher im Reichspräsidentenpalais. Man mußte ihn beseitigen und jener Keudell, der einige Monate vorher lohnenden Anschluß an Hitler gefunden hatte, übernahm es — gegen spätere Barzahlung in Gestalt eines fetten Postens im Dritten Reich — Gerecke zu denunzieren. Man brachte den Fall von Göring — und der griff zu, weil er nun die längst herbeigesehnte Gelegenheit hatte, die eigenen Schweinereien zu verdecken und die feinen Leute auf die Anklagebank zu bringen.

Der ganze Herrenklub sollte erledigt werden.

Schon die sehr eingehende Erörterung der Frage, ob sich Gerecke Verbandsgelder in die eigene Tasche gesteckt hatte, ließ einen tiefen Blick werfen in den Hort deutscher Treue und deutscher Herrenmoral. Aber es wurde erst richtig brenzlich, als man darauf zu sprechen kommen wollte, wo die nichtverbrauchten Gel-

der der Hindenburg-Wahl geblieben waren. Nun wurde auf höheren Befehl gestopt. Der junge Staatsanwalt von Haacke, der sich seiner Auftraggeber würdig erweisen wollte, wurde auffallend schweigsam. Vorher hatte er noch die feinen Herrenklub-Zeugen angeschrien, daß es für den Chef Göring nur so eine Lust war. Der Vorsitzende, der deutschnationale Jasper, hielt sich streng an die Weisung, nur einen gewöhnlichen Korruptionsfall zu sehen und verhinderte die Berührung aller heiklen Punkte.

Oberst von Hindenburg schwor, von nichts gewußt zu haben.

So wurde es unmöglich gemacht, die Frage anzuschneiden, ob nicht gar Gelder aus dem Hindenburg-Wahlfonds nach dem Gut Neudek gewandert waren. Vollendeter Ehrenmann, der er ist, ließ der Präsidentensohn seinen Busenfreund Gerecke vollkommen fallen. Auch der Gentleman Meißner benahm sich nicht anders und trug das Seinige dazu bei, daß Gerecke als schwarzer Korruptionist dastand. Aus ihm sprach deutlich die Angst vor Hitler und außerdem wollte er im Dritten Reich noch weiter

Karriere machen. Doch gefährlich wurde diesem Ehrenmänner-Ring die

Aussage des Herrenklub-Präsidenten von Gleichen:

Unter seinem Eid erklärte er, daß Hindenburgs Sohn um die spätere Verwendung der Wahlgelder gewußt hätte. Eid stand gegen Eid, zumindest hatte einer dieser Zeugen einen Falscheid geleistet! Aber weder Vorsitzender noch Staatsanwalt hakten hier ein und gingen dieser offensichtlichen Schweinerei weiter nach. Gleichen berief sich auch auf Schleicher, um zu erreichen, daß dieser als Zeuge geladen werde. Doch man ignorierte das einfach:

Es wäre ja glatter Selbstmord gewesen, Schleicher im Gerichtssaal über deutsche Treue auspacken zu lassen!

Man half sich aus der Klemme, indem man das dunkle Kapitel einfach den politischen Vergehen zuzählte, die unter die einschlägige Amnestie vom Dezember 1932 fielen. So blieb nur der Korruptionsfall Gerecke übrig. Im Reichspräsidentenpalais konnte man erleichtert aufatmen und auch auf manchen gutsmachbarlichen Höfen in der Neudecker Gegend. Und nun macht Hitler von der Waffe Gebrauch, die er für einen spätern Tag in der Hand behalten hat. Diesmal wird wohl die Prozeßregie den neuen Verhältnissen angepaßt sein. Man

wird nicht mehr schonen, man wird dafür Sorge tragen, daß die höchsten und allerhöchsten Herrschaften dem Volke als gemeine Korruptionisten gezeigt werden. Denn man braucht auch aus innerpropagandistischen Gründen dringend wieder ein solches Spektakelstück. Wahrscheinlich wird man sich auch nicht mit dem Hindenburg-Wahlgeldern allein beschäftigen, nur ihren für das Haus Hindenburg peinlichen Ursprung und ihr ebenso peinliches Ende aufdecken. Es wird sich von dem gefälligen Richter und dem gefügigen Staatsanwalt auch sehr leicht eine Brücke schlagen lassen zu dem ganzen Korruptionssumpf, den der junkerliche Osten überhaupt darstellt.

Vielleicht kauft sich das Haus Hindenburg und kauft sich seine Nachbarn wieder frei. Aber die Ehrenmänner wissen nun, daß der Ehrenmann Hitler ihre Köpfe in der Schlinge hat. Und das ist die politisch bedeutungsvolle Seite des neuaufgerollten Falles Gerecke!

## Deutsches Arbeitslos

Untertäniger erzwungener Dank für Almosen.

Im „Deutschen Textilarbeiter“ ist fettgedruckt folgendes zu lesen:

„Die Firma Edelhoff und Schulte A.-G. in Gruitzen (Rheinland) gab ihren Arbeitern und Angestellten etwa 14 Tage vor Weihnachten ein Darlehen von 20 RM. Die Rückzahlung erfolgt in kleinen Wochenraten und muß bis Ende März 1934 erfolgt sein. Auf Vorstellung des Betriebsrates bekamen die Werksangehörigen ein Weihnachtsgeschenk von 10 bis 2 RM. in bar. Der Firma Edelhoff und Schulte A.-G. in Gruitzen an dieser Stelle unser herzlichster Dank und ein dankbares „Sieg Heil“ unserem Volkskanzler.“

Der Betriebsrat und die Arbeiter und Angestellten der Firma Edelhoff u. Schulte A.-G., Gruitzen (Rheinland).

Wem steigt nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn er ein derartiges Gewinsel liest! Ein Betriebsrat, der dem Unternehmer untätigen Dank sagt, weil er einen Weihnachtsvorschuß gegeben hat und eine Gratifikation, die sich, unterschiedlich, von 2 Mark (in Worten zwei) bis zu 10 Mark aufwärts (für die Bonzenchargen) erstreckt!

Das „Dritte Reich“ hat die Arbeiter zu Sklaven erniedrigt! Zu Bettlern, die ein Weihnachtsgeschenk von 2 Mark mit einem öffentlichen „dankbaren Sieg-Heil“ quittieren müssen!

## Festanzüge ohne feste Preise

Das neudeutsche Arbeitsbeschaffungsprogramm nimmt immer sonderbarere Formen an. Nun wird der Arbeiter und Angestellte bereits gezwungen, sich einen zweireihigen blauen Anzug zu bestellen, um Schneider- und Textilgewerbe zu beschäftigen. Für die Lieferanten besteht nur die Vorschrift des Abstempelungszwanges für die verwendete Ware „aus einer der vier zugelassenen Stoffqualitäten, dann soll noch ein besonderes Etikett unter dem Aufhänger eines jeden Sakkos eingonäht werden.“

Mit dem Etikett soll kontrolliert werden, daß vorgeschriebenes Material verwendet worden ist. Im übrigen aber soll nach einer Bekanntmachung der „Deutschen Schneider-Zeitung“ in der Preisgestaltung dem freien Spiel der Kräfte nach dem System des Liberalismus Raum gewährt werden. In der amtlichen Geschäftsreklame wird betont:

„Die Preise werden vom Schneidmeister selbst bestimmt. Es gibt also demnach keine festgesetzten Preise... Der Maßschneiderei ist zugestanden worden, daß sie für die Anfertigung der ersten und zweiten Stoffqualität in Frage kommt, doch ist es auch gestattet, daß die Maßschneiderei Anzüge in der dritten und vierten Qualität anfertigen kann.“

Arbeitsfront-Festanzüge konfektioniert oder nach Maß, in vier Stoffqualitäten zu beliebigen Preisen, das ist eine solche Vielheit von sozialer Gliederung, daß fast die Volksgemeinschaft in Gefahr geraten könnte. Aber auch hier sind Vorbeugungsmaßnahmen getroffen: Die „Deutsche Schneiderzeitung“ schreibt:

„Die Machart des Anzuges haben wir genau festgelegt, eine Schnitzaufstellung ist bereits schon gegeben worden.“

Im übrigen wird Einheitlichkeit und Gleichheit unter Beseitigung aller Klassengegensätze dadurch hergestellt, daß die Festanzüge sämtlich einen deutschen Steinrückknopf mit Heilheitsabzeichen an Jackett und Weste erhalten.

Antreten zum Rassekurs! Die Staatsmedizinische Akademie in Berlin-Charlottenburg veranstaltete auf Veranlassung des preußischen Justizministers vom 12. bis 14. Februar im Hörsaal des Harnack-Hauses in Berlin-Dahlem einen Rassekurs, zu der 125 Richter und Strafanstaltsdirektoren amtlich befohlen wurden!

## PROBLEME DES SOZIALISMUS

Sozialdemokratische Schriftenreihe,

herausgegeben zur Klärung der Meinungen über die Lage in Deutschland nach dem Sieg des Faschismus. Neben authentischen Berichten aus dem Dritten Reich bringt sie programmatische Darstellungen für den Kampf gegen den Faschismus und für den Wiederaufbau Deutschlands auf demokratischer und sozialistischer Grundlage. Ihr Ziel ist es, durch Diskussion in vollster Offenheit die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte und geistigen Strömungen herbeizuführen.

Bisher sind erschienen:

Nr. 1: „Revolution gegen Hitler“ Vergriffen.

Nr. 2: „Neu Beginnen“ Preis K 4.—  
Eine Diskussionsgrundlage zu den Streitfragen des Sozialismus der Gegenwart

Nr. 3: „Volk in Ketten“ Preis K 12.—  
Deutschlands Weg ins Chaos. — Dies Buch ist die erste umfassende, historisch-kritische Darstellung der Entstehung des „Dritten Reiches“, der Geschichte und Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs. Es ist in Deutschland geschrieben worden, mitten im Sturm der Ereignisse.

Nr. 4: „Reichstagsbeand“  
Wer ist verurteilt?

Der Autor, ein hervorragender Jurist, behauptet nichts, was er nicht beweisen kann. Auf unwiderlegliche Tatsachen stützen sich seine Feststellungen. — Preis K 7.—

Nr. 5: „Ocanienburg“  
Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten.  
Von Gerhart Seger-Dessau, M. d. R. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann.

Preis in: Belgien 10.50 Frs. / Dänemark 2.10 Kronen / Deutschland 1.25 RM. / Frankreich 7.50 Frs. / Großbritannien — 1.10 Pfund Sterling / Italien 5.50 Lire / Jugoslawien 24.— Dinar / Niederlande — 75 Gulden / Norwegen 1.90 Kr. / Oesterreich 2.60 S. Sch. / Palästina 0.100 P. Pid. / Polen 2.60 Zloty / Rumänien 55.— Lei / Schweden 1.90 Kr. / Schweiz 1.55 Fr. / Tschechoslowakei 10.— K 2 / Ungarn 2.20 Pengö / USA. 0.50 Dollar

In Vorbereitung:

Nr. 6:  
„Der Faschismus und die Intellektuellen“  
Untergang des deutschen Geistes.

Nr. 7: „Der Weg zur Freiheit“  
Revolte und Revolution.

Bestellungen durch jede Buchhandlung oder direkt an  
Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsbad, Kantstraße



# Aufhäuser und H. Mann zur Programmdebatte

## Bemerkungen

zum Aufruf des Parteivorstandes

Von S. Aufhäuser

Nach der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung zeigte sich alsbald in wachsendem Maße das Bedürfnis nach politischer Neuorientierung. Es ist auch erklärlich, daß in einer Periode faschistischer Diktatur, die Sozialisten von jeder aktiven Teilnahme am politischen Geschehen ausschaltet, das Diskutieren der Genossen einen wesentlichen Bestandteil ihres politischen Lebens von heute bilden muß. So bemühen sich heute die besten Teile der deutschen Arbeiterklasse, eine Analyse der politischen und ökonomischen Situation zu finden, den Weg zur Macht zu erörtern und eine kongrete Vorstellung vom Ziel der kommenden Kämpfe zu gewinnen. Es wäre durchaus verständlich und wünschenswert gewesen, wenn sich auch die Zentrale der SPD in Prag an diesem Suchen nach neuen Wegen beteiligt hätte. Dagegen muß es als eine völlige Verkennung des Aussprache-Bedürfnisses angesehen werden, wenn der Parteivorstand geglaubt hat, das geistige Ringen nach Neugestaltung mit einem neuen Parteiaufruf bereichern zu sollen. Es kommt wohl in diesem Stadium der Selbstkritik, der Selbstverständigung, des Prüfens und Suchens nach dem richtigen Weg nicht so sehr darauf an, den von der deutschen Katastrophe erschütterten Menschen sofort irgend einen mit Mehrheit beschlossenen und geformten „fertigen Standpunkt“ eines Parteivorstandes zu servieren, als vielmehr darauf, den Prager Apparat in den Dienst des schwierigen Klärungsprozesses zu stellen.

Die Veröffentlichung vom 28. Januar ist vom Parteivorstand unterzeichnet und es heißt dort:

„Die Führung ist sich dabei bewußt, daß sie der ständigen Mitwirkung und Beratung der Leiter der illegalen Gruppen bedarf.“

Diese selbst erteilte Legitimation zur Führung der revolutionären Bewegung ist ebenso verfehlt, wie die Form des Manifests unangebracht war. Der

### Führungsanspruch

des PV. kann weder aus der Vergangenheit, noch aus seiner gegenwärtigen Tätigkeit begründet werden. Die Prager Zentrale kann weder die Absicht haben, die repräsentativen Aufgaben des früheren Berliner PV. übernehmen zu wollen, noch sollte sie versuchen, mit Aufrufen die parteimäßige Propaganda erneuern zu wollen. Sie sollte vielmehr ihre neue und große Aufgabe darin sehen, eine Willenszentrale zu werden, um mitzuhelfen an der programmatischen Neugestaltung und an der

### Gestaltung einer neuen Führung

Nur im Meinungsaustausch über eine Plattform der kommenden Bewegung und in der innerdeutschen Bewegung illegal wirkender Kräfte werden sich die zur künftigen Führung berufenen jungen Kräfte zeigen und bewähren können. Ein Aufruf mit für seine Verfasser ungewohnten Formulierungen reicht nicht aus, um ein ungewöhnliches Vertrauen zu der sich selbst präsentierenden Führung zu schaffen. Eine solche plötzlich gemachte Veröffentlichung wird vor allem ihre Wirkung verfehlen müssen, wenn die übrigen literarischen Erzeugnisse eines gleichen revolutionären Elans ermangeln.

Wenn der Phönix aus der Asche des Reformismus emporsteigt, um sofort ins Revolutionäre fliegen zu wollen, so mag das interessant sein, aber die Erneuerung, um die es in der Arbeiterbewegung geht, sollte weniger plötzlich und überraschend sein, als vielmehr historisch fundiert. Eine solche

### historische Betrachtung

aber fehlt in dem Manifest fast gänzlich. Es beginnt mit dem 30. Januar 1933 als wenn wir darauf verzichten könnten, die weiter zurückliegenden Ursachen für die Aufwärtsentwicklung des deutschen Faschismus zu untersuchen. Wenn sich die

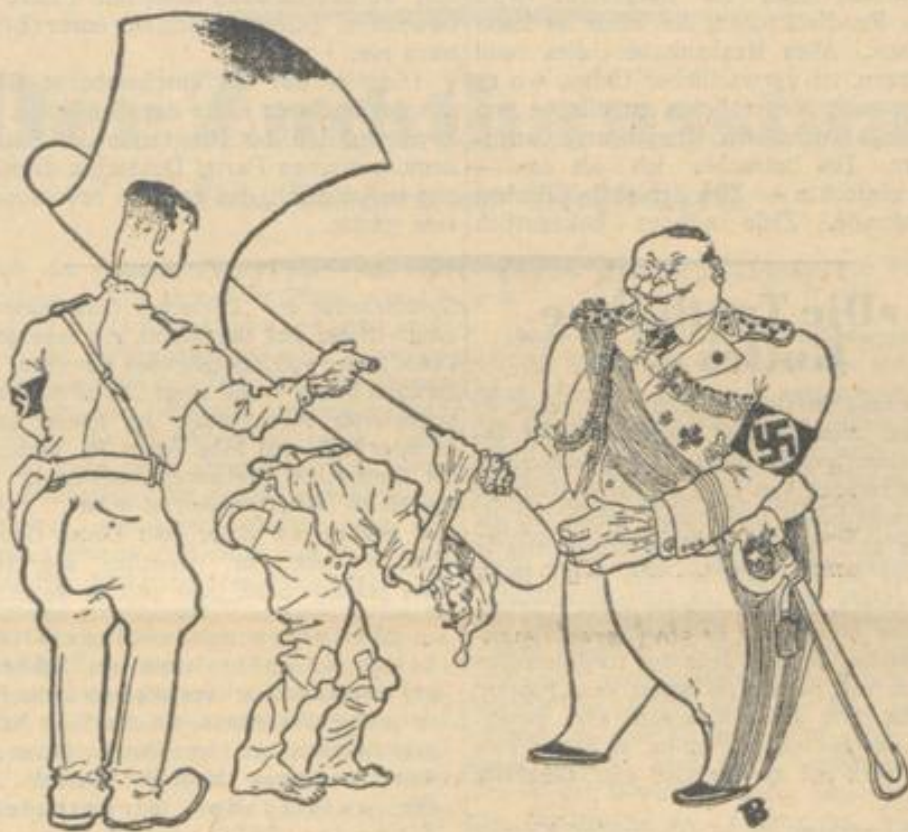
Massen, deren Vertrauen für eine kommende Bewegung erst gewonnen werden muß, in diesem Aufruf zurechtfinden sollen, dann bedarf es einer objektiven Würdigung der geschichtlichen Vorgänge seit 1918 und seit 1914. Das Versprechen, alles diesmal anders machen zu wollen, muß von der Erkenntnis getragen sein, warum die reformistische Politik der Vergangenheit zu Rückschlägen geführt hat. Die Versicherung, daß historische Fehler in der neuen Situation nicht wiederholt werden können, ist zu wenig. Die einleitenden Bemerkungen des Aufrufs, die ganze 13 Zeilen umfassen, enthalten einige Schlagworte von der „Knechtschaft“ und der „Gesetzlosigkeit“ der faschistischen Despotie, ohne auch nur

werden dürfen. Es herrscht keine Meinungsverschiedenheit, daß in Ländern, die eine vorhandene Demokratie zu verteidigen haben, dafür alle Mittel angewandt werden müssen und es soll auch nicht bezweifelt werden, daß in Deutschland eine brennende Sehnsucht nach Freiheit besteht. Aber ebenso sicher ist, daß die Totalität des faschistischen Staates nur vom absoluten Willen des arbeitenden Volkes nach der Macht im Staate abgelöst werden kann. Im heutigen geschichtlichen Stadium der Klassenkämpfe in Deutschland kann es nicht genügen, alle Demokratie unverändert in der Schaffung eines aus gleichen, geheimen direkten und allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlaments sehen zu wollen. Die demokratische

zuzeigen, deren Ausgangspunkt in den Betrieben liegen muß. Hier hätten manche Gelegenheit, im Rahmen einer Arbeiterdemokratie ihre demokratischen Leidenschaften auszutoben.

Alle diese Probleme müssen diskutiert werden, bevor die Zeit für Parteiauftritte gekommen sein kann. Je weniger diese große historisch bedeutsame Diskussion durch Parteigebundenheit belastet wird, umso ergiebiger wird sie sein. Es geht in den kommenden Entscheidungen nicht um die Reorganisation einer Partei, sondern um das Werden einer einheitlichen neuen Arbeiterbewegung. Die vorhandenen Stellen der Arbeiterparteien aus dem vorfaschistischen Deutschland erfüllen ihre Mission, wenn sie sich zur Gestaltung der neuen Bewegung zur Verfügung stellen. Wir brauchen eine schonungslose Erforschung der Vergangenheit, ein objektives Bild des heutigen Deutschlands und den Willen zur Macht der Arbeit im Staat und Wirtschaft. Nur so kann das deutsche Proletariat das Vertrauen zur eigenen Kraft zurückgewinnen und für seine Freiheit kämpfen.

## Göcing erhält das Begnadigungsrecht



den Versuch einer Erforschung des Wissens des Faschismus zu unternehmen. Die Erneuerung der Arbeiterbewegung verlangt es aber, daß wir uns mit den soziologischen Antriebskräften des Faschismus eingehend befassen.

Die leichte Form des Aufrufs hat es auch mit sich gebracht, daß der PV. auf jede Analyse der Krise im Kapitalismus verzichten zu können glaubt. Der Zusammenhang zwischen dem aufkommenden Faschismus und dem verfallenden Kapitalismus muß in allen Einzelheiten aufgezeigt werden, wenn nicht der grundlegende Fehler von 1918 schon am Anfang unserer Betrachtungen wiederum einreißen soll, nämlich daß die ökonomische Fundierung unseres politischen Vorgehens fehlt. Unsere ganze Stellung zur Anwendung demokratischer Mittel steht und fällt mit der Auffassung, die wir von der Struktur des Spätkapitalismus haben.

Die unhistorische Betrachtungsweise in dem Manifest und der Verzicht auf eingehende sachliche Selbstkritik vermindern auch den Wert der brauchbaren Teile des Aufrufs. Diese Mängel werden nur zu korrigieren sein, wenn man auf propagandistische Wirkung eines Aufrufs in diesem Augenblick verzichtet und nach einer Diskussionsgrundlage sucht, die eine erschöpfende Behandlung des Gesamtproblems ermöglicht. In einer solchen Plattform würde wahrscheinlich auch neben der Staatsform der soziale Inhalt des revolutionären Staates weit mehr, als es hier geschieht zur Geltung kommen.

### Demokratie

Neben vielen Einzelheiten, die heute nicht erörtert werden sollen, wird die Behandlung der parlamentarischen Demokratie als Gradmesser für die machtpolitische Bedeutung dieses Manifests angesehen

Selbstbestimmung des Volkes ist vielmehr an zwei wesentliche Voraussetzungen gebunden, einmal daß die Träger des Staates die arbeitenden Menschen sind und zum anderen, daß die Feinde des Sozialismus, das sind auch die Feinde der Kopf- und Handarbeiter, keine Möglichkeit haben dürfen, unter Mißbrauch der parlamentarischen Demokratie die Existenz eines werdenden sozialistischen Gemeinwesens zu unterhöheln. Es muß deshalb nach den Erfahrungen von 1918/19 merkwürdig anmuten, wenn bereits im ersten Manifest für den Kampf um den revolutionären Sozialismus die Propaganda für die Einberufung einer Volksvertretung nach allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlen einsetzt. Wir sollten den Mut haben, im Ringen um die soziale Demokratie, auch den Begriff der Demokratie zu definieren, d. h. die formale Demokratie durch die Demokratie aller Träger der Arbeit zu ersetzen.

In der im Manifest gegebenen Fassung ist grundsätzlich gegenüber der Haltung von 1918 kein Unterschied festzustellen, selbst wenn diesmal die konstituierende Nationalversammlung einige Wochen später als damals stattfinden soll.

### Verfassung im revolutionären Staat

Während das Manifest bereits die Einberufung der parlamentarischen Volksvertretung nach allgemeinen Wahlen vorsieht, fehlt jede demokratische Vorsorge dort, wo es sich um den Aufbau der politischen und wirtschaftlichen Verfassung im revolutionären Staate handelt. Es ist wohl einmal von einer Planstelle die Rede, die völlig in der Luft hängt. Die Erinnerung an 1918 sollte uns veranlassen, statt der formalen Parlamentsdemokratie die Konstruktion einer demokratischen Räteverfassung auf-

## Revolution und Einigkeit

Von Heinrich Mann.

Mit dem neuen revolutionären Programm der Sozialdemokratie bin ich in den meisten Punkten einverstanden. Als der für die nächste Zeit wichtigste Satz erscheint mir dieser: „Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist... der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär.“ Hier- von dürfen indes nicht nur die Sozialdemokraten überzeugt sein. Auch alle anderen Sozialisten müssen denselben Glauben und festen Willen haben, sonst fände die entscheidende Stunde sie unvorbereitet.

Ich empfehle vor allem Verhandlungen mit dem Ziel der unbedingten, restlosen Einigung. Das neue revolutionäre Programm Ihrer Partei wäre dabei als Mindestprogramm zu betrachten.

Nach meiner Natur und Tätigkeit war ich immer durchdrungen von der alles andere übertreffenden Bedeutung des geistigen Kampfes. Sein Ergebnis bestimmt auch die Wirtschaft, nicht umgekehrt. Denn der Mensch ist zum Menschen geworden, nicht, seitdem er eine Wirtschaft hat, sondern als er zu denken anfing. Das neue revolutionäre Programm macht mir ganz den Eindruck, als ob es von dieser Voraussetzung ausgeht, und das ist mir eine wahre Genugtuung.

Wir haben allerdings damit zu rechnen, daß der Mensch als denkendes Wesen trotz allem noch in den Anfängen steht. Sein Denken bleibt meistens schwach und unzuverlässig; wie wären sonst Rückfälle in die barbarische Wiedervernunft möglich und das wird jetzt erlebt! Man darf daher nach dem Sieg der sozialistischen Revolution nicht tun, als wäre dann plötzlich die ganze Nation endgültig gewonnen und auf die höchste Stufe gehoben. Das Programm sagt richtig: „Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht... beginnt der Aufbau des freien Staatswesens.“

Dringend möchte ich zu bedenken geben, daß die revolutionäre Macht durch Zerstörung der gegenrevolutionären Machtpositionen noch längst nicht gesichert sein kann. Das schlechte Erlebnis des Dritten Reiches ist damit aus den Menschen nicht ausgetrieben. Vorher, unter der Weimarer Republik, waren sie meistens überzeugungslose Mitläufer. Seitdem erlernten sie in der Schule des Nationalsozialismus ein Uebermaß an Schändlichkeit. Das geht leider schnell und verhältnismäßig mühelos, während jeder sittliche Erfolg vieler Mühe und Geduld bedarf. Die revolutionäre Macht wird erst dann gesichert



sein, wenn die Deutschen eine gesicherte moralisch-politische Erziehung haben. Den einen ist sie heute in Vergessenheit geraten, andere aber haben sie noch niemals besessen.

Das neue revolutionäre Programm bestimmt die Einheitsschule und die Auslese der für die Studien begabtesten Schüler. Das ist eine gebietende Notwendigkeit auch im Politischen und im Sittlichen. Man kann nicht sofort allen die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, das aktive und das passive Wahlrecht geben, ganz gleich, ob jemand während des Dritten Reiches sein besseres Menschentum behauptet oder es dem augenblicklichen Vorteil aufgeopfert hat — nicht erst zu reden von denen, die sich während dieser Zeit mit Genuß in der Gemeinheit gewälzt haben. Man halte sich nicht an noch so wünschenswerte theoretische Voraussetzungen, wie die Gleichberechtigung, sondern immer nur wirkliche menschliche Tatsachen. Die Gleichberechtigung aller ist das Ziel, aber sie muß erst geschaffen werden durch Erziehung. Keine Klassendiktatur; sondern das Vorrecht der schon Erzogenen, bis die Uebrigen nachgerückt sind!

Die Ideen der gesamt-europäischen Gesittung, auf die das Programm der Sozialdemokratie sich beruft, sind den Deutschen in Fleisch und Blut übergegangen; wenigstens einem so großen Teil von ihnen nicht, daß der Nationalsozialismus mit allen seinen Lügen und Verbrechen denkbar werden ja sogar die unflätigste Verwirklichung finden konnte. In den Deutschen müssen befestigt werden die Ideen unserer Gesittung, das geht allem anderen vor, und ohne daß dies voranginge, wäre alles andere umsonst. Die Ideen unserer Gesittung haben ihre Herkunft in der Antike und in Christentum: beide werden lebendig und wirksam bleiben. Ein Staat, der die ganze Gesittung umfassen will, scheidet das Christentum nicht aus, er trennt sich nicht von der Kirche.

Die Trennung von Staat und Kirche ist in den Entwurf des neuen revolutionären Programms übernommen, weil man von früher her die Geistlichen für Diener der herrschenden Klassen hält. Sie könnten es aber höchstens in demselben Zahlenverhältnis sein, wie die Richter oder die Professoren oder alle anderen. Nun zeigen die Ereignisse, daß sie es viel weniger sind als alle anderen. Eine überraschend große Menge von Geistlichen kämpft jetzt für Christus als Sinnbild der menschlichen Gesittung. Sie wagen Fielheit und das Leben: Wer tut das sonst von den Intellektuellen des Landes? Hätten auch von diesen siebentausend sich so verhalten wie die Pfarrer, vielleicht wäre die ganze Hitlererei nicht. Der sozialistische revolutionäre Staat wird sie von seinem Wert überzeugen müssen, dann kann er die besten in seiner Staatskirche vereinigen.

Es wird doch auch seine Richter auswählen. Er ist ferner gehalten, seine Professoren auf ihre sittliche Eignung zu prüfen. Außerdem möge der künftige Staat die Pressefreiheit anders verstehen, als die erste Republik sie verstand. So geht es nicht wieder, daß die gelesesten Zeitungen die große Masse gar nicht bessern, sie höchstens befriedigen wollen. „Als Leser sind uns die Nazis so lieb wie jeder Andere,“ äußerte einer der Leiter eines demokratischen Konzerns 1931, aber 1933 mußte er flüchten. Das Zeitungsgeschäft hat nichts zu tun mit Pressefreiheit. Uebrigens dringen sehr große Organe in die Menge des Volkes nicht wirklich ein; sondern kleine aber tief wahre Organe wirken nachhaltig auf bestimmte Abschnitte des Volkes. Die demokratische Erziehung vollzieht sich gruppenweise und staffelweise, in eng begrenzten Wahlkreisen, von Mensch zu Mensch.

**Demokratie, sozialistische Demokratie, ist nur dort erreichbar, wo man einander sieht, kennt verstehen lernt, und wo die gegenseitige Achtung zunimmt.**

Massenaufmärsche sind nicht sozialistisch, nicht demokratisch. Wo riesige Führerbildnisse an den Häusern und quer über die Straße hängen, da sollen Massen eingefangen, aber nicht überzeugt werden. Eine Volkseinheit ist leer und ist erschwandelt, wenn sie hergestellt wird durch Rundfunkreden, die jeden im Land erfassen. Alles Mechanische, dies will ich sagen, ist verwerflicher Unfug, wo es darum geht, Menschliches zu pflegen und es dem vornehmsten Menschentum anzunähern. Die betrachte ich als das — weit gesteckte — Ziel der sozialistischen Demokratie. Ziele müssen bekanntlich

sehr anspruchsvoll sein, damit es überhaupt vorwärts geht. Im Sittlichen ist es so.

Für alles hier Vorgebrachte finde ich in Ihrem neuen revolutionären Programm die Grundlage und Gelegenheit; sonst hätte ich mir nicht erlaubt und hätte auch für unnütz gehalten, es zu sagen. Die Sozialisten werden ihr Programm verwirklichen vorausgesetzt, daß sie einig sind Sie werden dann sogar früher in die Lage kommen zu handeln, als wenn das Dritte Reich nicht gewesen wäre. Der Nationalsozialismus ist wider Willen berufen, den Hochkapitalismus abzukürzen: wir wissen es. Falls ich dann noch da wäre, möchte ich mitarbeiten und besonders an einer Stelle fortfahren, wo ich im Augenblick der Katastrophe abbrechen mußte. Es war ein Schullesebuch, das mich und mehrere andere Mitglieder der Preussischen Akademie der Künste beschäftigte. Es sollte endlich vom Volk und nicht mehr von den früheren Fürsten handeln, und es sollte die Arbeit und die Freude feiern, anstatt des ewig ergebnislosen Schlachtgetzels. Wir dachten es uns als Einheits-Lesebuch für die preussischen Schulen; aber das ging erstens nicht, denn jede Provinz mußte das ihre haben und behalten. Außerdem sahen die Ministerialräte, von deren guten Willen wir abhingen, das Dritte Reich kommen und wünschten auch dann ihre Plätze zu bewahren. Darum erschien unser Lesebuch nie.

Dies ist nur ein unscheinbares Glied aus der endlosen Kette der Tatsachen, die beweisen, daß das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht nur sozialistisch, daß es auch revolutionär sein mußte.

## »Die Truthähne Gottes...«

Niemand im Dritten Reich weiß heute, ob sich der „neue Luther“ gegenwärtig zur katholischen, evangelischen oder germanischen Kirche rechnet. Von Haus aus ist er Katholik, im evangelischen Deutschland gehen ihn die Seinen gern als neuesten Kirchenreformer aus, um die Evangelischen fürs Dritte Reich zu gewinnen, während sich die Wotanschriften auf seine germanische Rassenlehre samt Arterparaphrasen berufen. Jede der rivalisierenden Kirchen und Sekten reklamiert den „Führer“ für sich. Wie durch Mißbrauch aller moralischen und politischen Begriffe, so hat er vorläufig auch mit der Religion gute Geschäfte gemacht.

Nun möchten die Wotanschriften Klarheit schaffen. Im Januarheft seiner „Deutschen Volkskirche“, Monatschrift des „Kampfbundes zur Wiederherstellung der reinen, von allen jüdenchristlichen Fälschungen befreiten Heilandslehre“, wettet Dr. Artur Dinter dagegen, daß die Deutschen Christen (Reichsbischof Müller und Höbenfelder) wie die neue

Gottlosengilde der „Deutschen Glaubensbewegung“ (Hauer und Bergmann), ein ungeheures Chaos in der völkisch-religiösen Bewegung angerichtet hätten — vor allem „durch die wahrheitswidrige Propaganda“, der Führer stehe an ihrer Seite und habe seinen Pz. verboten, der Dinterschen „Reformationsbewegung“ anzugehören. „Das Gegenteil ist wahr...“ Und man erfährt, daß Hitler mit Dinter Geführstück und sich sehr freundlich über seine Sekte geäußert habe. Dann geht es weiter:

„Wir alten nationalsozialistischen Kämpfer lassen uns Schikanen und Hemmungen seitens untergeordneter Partei- und Polizeiorgane, die das Wort Nationalsozialismus nur im Munde führen... unter gar keinen Umständen bieten!... Die aufeinander eingetupfelte Sippe der jüdisch-römischen und jüdisch-evangelischen Jahwepriester werden sich jetzt vereint auf uns stürzen... Diese Truthähne Gottes... Wir werden diese Herrschaften, die in großen Zeitungsanzeigen uns unehrliehen Kampf „wider besseres Wissen“ vorwerfen und Versammlungen gegen uns

ankündigen, mit einer Gründlichkeit bedlenen, die nichts zu wünschen übrig lassen wird!... Mit Hitler- und Lutherheil!“

Wenn das kein erhebendes Bild brauner Einigkeit ist! Selbst im Reformations- und Wotanslager drischt man aufeinander, gleichzeitig schlägt jede der Sekten nach dem Christuskreuz. Auch führende braune Oberbonzen beteiligen sich an dem Sport. So kürzlich der bayrische Kultusminister Schemm in einem Vortrag vor den Berliner Nazilehrern. Nach einem Bericht des Völkischen Beobachters (3. Februar) sagte Schemm:

„Wir Nationalsozialisten, die wir stolz darauf sind, das deutsche Volk zur rassischen Einheit zusammengeschweißt zu haben, verbieten uns, daß man die Weltanschauung unserer Väter als Heidentum bezeichnet. Man legt in diesem Begriff Heidentum Gottlosigkeit hinein. Der Glaube unserer Väter ist an Größe, Tiefe, Ethik und kosmischem Denken viel gesünder als es manche andere Religionen sind. Das Problem, vor dem die Kirche steht: Entweder die Kirche beider Konfessionen macht die Tore auf für die Begriffe Rasse und Volk, oder sie geht den Weg des Untergangs.“

In ähnlichem Sinne tönten Artikel, die kürzlich nicht nur in Naziblättern, sondern auch in der gleichgeschalteten Presse erschienen und Karl dem Großen eine schlichte Zensur erteilten, weil er durch Abschachtung tausender wotansgläubiger Sachsen den „Glauben unserer Väter“ verraten und die germanische Geschichte geschändet habe. Das alles war in Blättern zu lesen, für die noch vor einem Jahre derselbe Karl als edler Vorkämpfer des Christentums galt! Göbbels Propagandazentrale sorgte dafür, daß diese Artikel schlagartig in der Presse erschienen — und wieder ist die Frage fällig: zu welcher Kirche gehört Hitler nun eigentlich und zu welchem Gott will er sich endlich bekennen?!

## Die Erziehung zum Krieg Verkrüppelte Jugend

Wenn die deutschen Jungen mit Tornister, Zeltbahn, „Kulturbeutel“, Dolch und Hitlerheil bei ihrer braunen Jugendschar antreten, bekommen sie einen Kalender in die Hand gedrückt, den die Eltern bezahlen müssen: „Hitlerjugend-Jahrbuch 1934“, herausgegeben von Baldur v. Schirach.

Neben den Monatsnamen Hartung, Hornung, Lenzmond, Ostermond, Wonnemond und wie sie alle heißen, finden sich eine Menge schöner Gedenktage darin. Da erfahren die Kinder, wann Blücher über den Rhein ging, wann die Deutschen in Paris einrückten, wann Schill sich gegen die Franzosen erhob, wann zahllose siegreiche Schlachten tobten, wann Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo „von Handlangern der Freimaurerei“ erschossen wurde usw. usw. Tausend andre Dinge, die teils wichtiger, teils genau so wichtig sind, erfahren sie

## Die Kette

Wir gehn ohne Ende von Hand zu Hand,  
zerklettert, zerdrückt und zerlossen.  
Wir schüren die heimlichen Brände im Land,  
wir klieben an rissiger Mauerwand  
und werden gelosen, gelosen.

Wir sind die Lanten am Dynamit,  
rotglühende, schwelende Funken.  
Wir sind die Kette und sind der Kitt.  
Die Zögernden, Lauen, die reißen wir mit  
und stopfen das Maul allen Unken.

Nimm uns Genosse und du Kamerad  
und klobe uns hin an die Ecke.  
Du bist eine Speiche im rollenden Rad,  
die Brücke zum Ufer, ein roter Soldat,  
du bist ein Glied unserer Kette.

Kurt Doberer.

## Aus dem deutschen Urwald

Görings germanische Vorzeitklüffen.

Soeben ist ein neues preussisches Jagdgesetz angenommen worden, zu dem Göring in einer Pressebesprechung längere Erklärungen abgab. Aus seinen Worten ist zu entnehmen, daß es den Wisenten, Eichen, wilden Schaken und Bibern, dem Muffelwild und den Seeadlern im deutschen Urwald von Tag zu Tag besser und besser gehen wird, wozu sicher keiner etwas einwenden wird. Herr Göring, der schon längst das hat, was man im Volksmund einen „Jagdschein“ nennt, läßt sich — oder vielmehr seinen Untertanen —

die Sache etwas kosten. In der Schorheide, auf dem Dars (Pommern), in der Romintner Heide und bei Tilzit werden große Naturschutzgebiete angelegt. „gewaltige Komplexe“, wie der Freund alles Gewaltigen und Gewaltsamen es nennt; reitursige, seltene Tierexemplare werden angekauft, und man weiß nun wenigstens, wohin ein Teil der Arbeitsbeschäftigungsgelder fließt — in die Schlachtgründe eines eigens zu errichtenden Urwalds. Ein anderer Teil wird bekanntlich für den Bau eines „germanischen Museums“ ausgegeben, das Millionen kosten soll, und wieder ein anderer Teil dient zur Beschaffung weiterer brauner Uniformen, Muffelwild, Museen und Uniformen — in der Tat alles Dinge, die das Volk nützer als das liebe Brot braucht.

Die Meldung, daß auch die Anlegung von Naturschutzgebieten in Aussicht genommen sei, ist offenbar verfrüht. Sollte sich die Regierung doch noch dazu entschließen, so wären ihr hunderttausende lebensfähiger, schwer bedrohter Exemplare von Herzen dankbar. Jene Regeln, die für die Naturschutzgebiete gelten, ließen sich fast unverändert auf die Menschenschonungen übertragen. Der übermäßige Abschluß müßte gleichfalls verboten, die „Hege und Pflege“ der freilebenden Geschöpfe müßte den Jägern anempfohlen sein, besonders quälende Tötungsarten wären zu verbieten, gewisse Zeiten — z. B. jene Zeiten, da der Nachwuchs elterlicher Pflege noch bedarf — wären überhaupt jagdfrei zu halten. Tierwürdige Behandlung verstände sich in den Schutzgebieten auch für die Menschen von selbst.

Wie verlautet, zögert die Regierung zur

deshalb mit der Einrichtung solcher Parks, weil sie fürchtet, die Arbeiter könnten in Massen dorthin abwandern, die Industriebezirke könnten aussterben!

## Bücher der Zeit

An der Waterkant spielt Hein Liepmanns Roman „Vaterland“ (Verlag Kampen u. Zoon, Amsterdam). Schiffe, See, Matrosenleben, Ankunft im Dritten Reich, illegale Arbeit einiger Seeleute, Konzentrationslager, — das alles verschmilzt in dem Buche zum blutigen, traurigen Gegenwartsbilde. Liepmann kann Menschen zeichnen, aber das unkünstlerische Propagandistische durchbricht den Roman gelegentlich so, daß er zur kommunistischen Agitationsfibel wird, Schade drum, denn diese Absichtlichkeit schwächt die Gesamtwirkung.

Das Gleiche gilt von Walter Schönstedts Roman „Auf der Flucht erschossen“ (Editions du Carrefour, Paris). Ein Ausschnitt aus dem SA-Bohème, geschrieben von einem, der dieses Milieu aus eigenem Erleben kennt. Die Geschichte eines der seltenen idealistischen SA-Leute, der an Göbbels Phrasen von der „sozialistischen Revolution“ geglaubt hat, enttäuscht aufwacht und sich dem wirklichen Sozialismus zuwendet. Handfeste Typen stehen in dem Buch, alles ist einfach gezeichnet, aber auch hier tritt das kommunistische Werben zu absichtsvoll hervor. Die Märtyrer, die Helden der unterirdischen Arbeit, die Tapferen, denen der erwachende Nazi Respekt zollt — es sind alles Kommunisten. So entsteht ein reichlich einseitiges, falsches Bild. In diesem Punkte ist Liep-

mann objektiver, er weiß, daß das Martyrium des Widerstandes gegen das Dritte Reich auch von hunderttausend Sozialdemokraten getragen wird.

Scheinbar von den Kriegsschauplätzen hinweg, führt Louis Golding. Sein Roman „Die Magnolienstraße“ erzählt vom alltäglichen Leben einer kleinen Straße in Doo-mington, Nordengland. In den Häusern mit ungeraden Nummern wohnen Juden, gegenüber in den Häusern mit geraden Nummern wohnen Christen. Ein ungefähr zehn Meter breiter Damm trennt die Häuserreihen voneinander — aber fast die ganzen Jahre, in denen unsere Geschichte spielt, hätte der Straßendamm ein breites Meer sein können, so fremd schienen sich diese Menschen zu sein. Und doch erleiden und ertragen die von hüben und die von drüben in den Jahren 1910 bis 1930 das gleiche Schicksal in Krieg und Frieden. Gelegentlich finden sie zueinander, aber nicht der Krieg und nicht der Nachkrieg führt die Menschen der jüdischen und der christlichen Straßenseite zusammen — sondern die Einzelschicksale schlagen Brücken über konfessionelle und rassische Vorurteile hinweg. Geburt und Tod, Liebe und Heirat nähern die Straßenseiten einander — die deutschen registrierenden Antisemiten wußten, warum sie so tief ins persönliche Dasein eingriffen, warum sie Liebesbeziehungen zwischen Juden und Christen „anprangerten“, warum sie jüdische Kinder von den Schulen, Berufen und Gemeinschaftsstätten der sogenannten Arier ausschlossen. Die Magnolienstraße führt nur scheinbar von den Kriegsschauplätzen des Heute fort — in Wahrheit läuft sie mit ihren kleinen, armen Häusern, mit ihren lächelnden







# Neue Agrarwirtschaft im Dritten Reich

## Planmäßige Preissteigerung durch Zwangskartelle

Fast in der ganzen Welt ist mit dem Eintreten der Agrarkrise die Agrarwirtschaft zur dirigierten Wirtschaft geworden. Auf dreifache Weise wird versucht, eine Besserung der Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbeizuführen. Durch Währungsentwertung oder direkte Zwangseingriffe in die privaten Kreditverträge, durch Herabsetzung der Hypothekenschulden und der Zinsen oder direkte Staatszuschüsse wird die Erleichterung der Schuldenlast erstrebt. Durch rücksichtslose Opferung der industriellen Exportinteressen wird im Wege der Zollpolitik der Inlandsmarkt der heimischen Agrarproduktion vorbehalten, das billigere ausländische Angebot von der Konkurrenz ausgeschlossen. In den Ueberschußländern, wo dieses Mittel versagt, sucht man durch hohe staatliche Prämien die Bauern zu einer Einschränkung der Produktion zu bewegen. In den Ländern mit Zuschußbedarf reizt man umgekehrt durch Subvention zur Steigerung der Produktion an, um womöglich von der ausländischen Zufuhr ganz unabhängig zu werden, was besonders als

wichtige Maßnahme der Kriegsrüstung erscheint. Schließlich geht man im steigenden Maße zu einer Zwangskartellierung, zu Preisfestsetzungen und Kontrolle des Absatzes über.

Die Manipulierung hat am frühesten in Deutschland eingesetzt und seit der nationalistischen Machtergreifung ein stürmisches Tempo eingeschlagen. Denn jeder Widerstand gegen die agrarische Preissteigerung — und darauf laufen alle Maßnahmen hinaus — ist ja durch die Niederwerfung der Arbeiterschaft beseitigt worden. Es handelt sich dabei um eine immer weiter fortschreitende Kartellierung, die der Staat zwangsweise herbeiführt und deren Durchführung er ständig überwacht — eine zur Totalität strebende Zwangsbewirtschaftung.

Dabei bedient sich der Staat im steigenden Maße der landwirtschaftlichen Erzeugnisse weiterverarbeitenden Industrien. Die Kontrolle über die Einhaltung der Bedingungen braucht dann nicht bei den zahllosen zersplitterten landwirtschaftlichen Betrieben, sondern muß bei den viel weniger zahlreichen industriellen Unternehmungen durchgeführt werden.

### Die Zwangskartelle werden zu Organen des Staates,

durch die die vom Staat verordneten Wirtschaftsmaßnahmen den zahllosen bäuerlichen Betrieben gegenüber durchgesetzt werden.

Den Anfang hat man dort gemacht, wo es technisch am leichtesten ist, bei der Getreidewirtschaft. Man hat alle deutschen Mühlen, die Brotgetreide vermahlen, zur „Deutschen Müllerwirtschaft“, einem Zwangskartell, zusammengeschlossen, die Roggen- und Weizenpreise, sowie den Müllerlohn festgesetzt. Dabei sind die Preise um 10 bis 15 Mark niedriger festgesetzt worden als im Vorjahre; einmal, weil das Erntergebnis

größer ist, zweitens aber, weil die bisherige Begünstigung der Getreidewirtschaft bereits das Ergebnis gehabt hat, daß Deutschland nicht nur Roggen über den eigenen Bedarf hinaus produziert, sondern auch in Weizen sich selbst versorgt. Man muß also einen weiteren Anreiz zur Steigerung der Produktion von Brotgetreide vermeiden, soll man nicht gezwungen sein, die überschüssigen Getreidemengen — noch mehr als bisher den Roggen — mit großen Verlusten auf den Weltmarkt zu verschleudern. Ohnehin bleibt es ungewiß, ob die jetzige Preisfestsetzung für diesen Zweck genügt und ob nicht später direkte Zwangsmaßnahmen nötig werden, um eine Erweiterung der Anbaufläche für Brotgetreide zu verhindern.

Einschneidender sind eine große Reihe anderer Maßnahmen, Zunächst die

### Regelung der Wirtschaft.

Früher wurden 60 Prozent des deutschen Fettbedarfs durch die Einfuhr von Butter, Schmalz und Margarinerohstoffen gedeckt. Das ist gründlich geändert worden! Der Schmalzzoll wurde von 10 Mark pro Doppelzentner zuerst auf 75 dann auf 100 Mark erhöht. Dadurch wurde die Einfuhr auf die Hälfte gesenkt, um zirka 55.000 Tonnen. Die Inlandsproduktion nahm aber nur um höchstens 10 Prozent zu 40.000 bis 45.000 Tonnen, etwa ein Fünftel des Vorjahreskonsums sind den deutschen Arbeitern entzogen worden und das verbleibende

Schmalz kostet heute zirka 85 Pfennige gegen 48 Pfennige im Januar 1933!

Gleichzeitig wurde die Buttereinfuhr durch Zollerhöhungen und Kontingentierungen weiter gedrosselt und ein Einfuhrmonopol für Oele, Oelfrüchte und Tran, die Rohstoffe der Margarineproduktion, geschaffen. Dieser „Reichsstelle für Oele und Fette“, die jetzt die Einfuhrmengen festsetzt, wurde gleichzeitig die Kontingentierung der Margarineproduktion übertragen. Diese wurde auf 60 Prozent des bisherigen Umfangs eingeschränkt. Durch die Einführung einer Steuer von 50 Pfennig auf das Kilo Margarine verminderte man die Differenz zwischen Margarine- und Butterpreisen, um auf diese Weise den Konsum an Butter zu vergrößern. Und die Wirkung?

Die Butterpreise sind von 170 Mark je 100 Kilo im März 1933 auf 252 gestiegen

und stehen damit nicht nur weit über den Preis des Vorjahres, sondern auch über den von 1913. Im Kleinhandel stieg der Preis pro Pfund von RM. 1.20 auf 1.55. Die Einfuhr ist von 70.000 auf 50.000 Tonnen zurückgegangen, die inländische Produktion, die 1932 ungefähr 400.000 Tonnen betrug, dürfte auf 430.000 bis 440.000 gestiegen sein. Eine leichte Ausdehnung des Butterkonsums hat aber stattgefunden. Sie geht auf Kosten des Absatzes der hochwertigen Margarinearten, die bislang von den bessersituierteren Schichten konsumiert wurde. Rechnet man aber den Konsum aller drei Fettarten — Margarine Schmalz und Butter — zusammen, so kommt man zu dem erschreckenden Resultat, daß sich 1933 der Verbrauch gegenüber 1932 fast um ein Fünftel vermindert hat!

Die planmäßige Preissteigerung geht auf allen agrarischen Gebieten ununterbrochen weiter.

Nach dem Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom September 1933 hat der Ernährungsminister das Recht, zur Regelung des Absatzes, der Preise und Preisspannen alle Angehörigen des Reichsnährstandes und alle sonstigen Unternehmungen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen oder vertreiben, zusammenzuschließen und die Preise und Preisspannen zu regeln. Anfang Februar ist zwischen dem Ernährungs- und Wirtschaftsminister eine Regelung getroffen worden über die vom Reichsnährstand berührten Gruppen der Industrie, des Handels und des Handwerks. Sie alle werden zum Zweck der Marktregelung straff organisiert werden. Aber schon vor dieser Vereinbarung, die dazu bestimmt ist, Reibungen und Widerstände auszukurieren, die sich bei den weiterverarbeitenden

Industrien geltend gemacht hatten, war ein Stück des Weges bereits zurückgelegt worden. Nach der Mühlenindustrie wurden im Oktober die Dauermilch- und Kaseinerzeuger zu einem Zwangsverband zusammengeschlossen, später folgte der Zusammenschluß der Obst- und Gemüseverwertung und der deutschen Fischindustrie. Ebenso soll die Stärkeindustrie organisiert werden. All diese Vereinigungen haben das Recht, unter Aufsicht des Ernährungsministers Preise und Preisspannen zu regeln und das Ausmaß der Produktion festzusetzen. Die Neuerrichtung von Betrieben bedarf der Genehmigung der zuständigen Reichsbehörde. Für den inländischen Anfall an Wolle werden Sammelstellen errichtet und die Preise festgesetzt. Ebenso werden der Milch- und der Eiermarkt straff organisiert und Festpreise eingeführt.

Man sieht, es handelt sich um die Errichtung straffer Monopole für all die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte. Die Landwirte stehen für eine steigende Zahl ihrer Produkte unter dem Ablieferungszwang an bestimmte Stellen (Eier- oder Milch- oder Wollensammelstellen) oder bestimmte Weiterverarbeiter, denen der Abnahmepreis vorgeschrieben ist. So wie die Landwirtschaftserzeugung selbst, so werden auch

## Wirtschaft geht abwärts

Deutschlands Wirtschaftslage verschlechtert sich von Monat zu Monat. Der Versuch, durch Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln die private Wirtschaft anzukurbeln, kann als gescheitert angesehen werden. Von den bereitgestellten 3,5 Milliarden Mark werden bis Ende März mehr als die Hälfte ausgezahlt sein, so daß bei Beginn des neuen Baujahres nur noch die kleinere Hälfte zur Verfügung stehen wird. Die öffentliche Arbeitsbeschaffung hat zwar die Eisenindustrie etwas belebt. Aber trotz ausgedehnter Kriegsindustrie ist die Erzeugung von Kohle als auch von Elektrizität geringer als im Vorjahr. Der Verkehr der Reichsbahn und die gewerbliche Bauwirtschaft weisen auch keine Merkmale auf, aus denen geschlossen werden könnte, daß die private Wirtschaft sich in einem Aufschwung befindet. Das ernsteste Symptom ist der unaufhaltsame Rückgang der Umsätze des Einzelhandels. Obwohl sie im Jahre 1932 bereits auf 62,6 Prozent der Umsätze von 1928 zurückgegangen waren, hat sich 1933 von Monat zu Monat ein weiterer Rückgang vollzogen. Das Volk ist verarmt. Auch dort, wo die Löhne und Gehälter nominell nicht herabgesetzt wurden, ist die Kaufkraft geringer geworden, da auf der einen Seite die starke Verteuerung der Nahrungsmittel, auf der anderen Seite die zahlreichen Zwangsabgaben sich auswirken.

Siegesmeldungen über den günstigen Stand der öffentlichen Finanzen sind ebenso wenig ernsthaft wie die über die gewonnene Arbeitsschlacht. Die Reichskasse gibt zwar für Ende Dezember einen Ueberschuß von 163 Millionen an, aber das hat weder mit Sparsamkeit, noch mit einer günstigen Entwicklung der Steuern das geringste zu tun. Die Sachausgaben werden nicht mehr aus dem Reichsetat bezahlt, sondern durch leichtfertige Finanztransaktionen gepumpt. Und daß die Steuereinnahmen höher sind als der Voranschlag, liegt ausschließlich in dem hohen Aufkommen der Fettsteuer, dem unerhörtesten Attentat auf die ärmsten Teile des Volkes. Der Ernst der deutschen Finanzlage ist aus zwei Symptomen deutlich zu erkennen. Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk erklärte kürzlich, daß eine „dauernde Wiederholung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung nicht möglich sei. Im neuen Jahr werde sie sich auf die Fortführung der Reichsautobahnen beschränken müssen.“ Da trotz aller Anstrengungen die deutsche Ausfuhr 1933 um mehr als 600 Millionen gesunken ist, das ist 15 Prozent des Wertes, beschäftigt sich die Regierung jetzt bereits mit der Abwertung der Mark.

Im Dezember war die Arbeitslosigkeit um mehr als 700.000 gestiegen. Für Januar wird eine Abnahme von 285.000 angegeben, obwohl alle Berichte aus der Privatwirtschaft von einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit erzählen. Davon sind allerdings allein 138.000 Notstandsarbeiter — deren Zahl

die Industriefabriken und handwerklichen Weiterverarbeiter aus der Konkurrenzwirtschaft gelöst und

In die Monopolwirtschaft überführt.

Die Schwäche dieser Regelung besteht nicht nur in der Belastung der Verbraucher, der Verteuerung der Lebenshaltung, dadurch der Verteuerung der industriellen Produktionskosten und der Verminderung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt; nicht nur darin, daß dieser künstlichen agrarischen Produktionssteigerung ohne Rücksicht auf die Kosten die ganze Handelspolitik rücksichtslos geopfert wird. — vielmehr bedeutet diese allgemeine regellose Preissteigerung, die durch die Zwangskartellierung herbeigeführt werden soll und wird, den Anreiz, zu einer ebenso regellosen Produktionssteigerung auf allen Gebieten ohne Rücksicht auf den Konsum und dessen Aufnahmefähigkeit. Entweder wird diese Art Agrarwirtschaft auf den verschiedensten Gebieten zu Ueberproduktion und dann doch zum Zusammenbruch der „Festpreise“ führen oder man wird sich entschließen müssen, von der Preisfestsetzung zu einer wirklich planmäßigen, den Verbrauch angepaßten Regelung der agrarischen Produktion in allen ihren Teilen zu gelangen, also zu der von den Landwirten bisher zu sehr verschrieenen „Zwangswirtschaft“. Wie die Nationalsozialisten dann dieses Dilemma, dem sie zusteuern, lösen und wie die Bauern eine solche Regelung aufnehmen werden, darauf darf man begierig sein.

Dr. Richard Kern.

damit auf 415.274 gestiegen ist. Da ist bereits zu erkennen, daß es bestenfalls gelungen ist, Arbeitslose mit öffentlichen Mitteln zu beschäftigen. Es ist auch bemerkenswert, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, Syrup, in einem Kommentar zu den amtlichen Zahlen vorsichtig darauf hinweist, daß eine Änderung der Witterung leicht wieder zu einem Steigen der Arbeitslosigkeit führen kann!

## Front des Geistes

Bemerkenswerte neue Veröffentlichungen.

Das „Neue Tagebuch“ Nr. 6 schreibt über neue Konfiskationen von Vermögen in Deutschland:

„Ebenso wahllos mischt die Liste die Namen politischer Autoren, die sich in der Emigration als erbitterte Feinde des Nationalsozialismus bekannten, mit den Namen von Dichtern, die sich jeder politischen Stellungnahme enthielten. Sie sind offenbar nur auf Grund des Verdachtes literarischer Qualität in den Geruch der Staatsgefährlichkeit gekommen.“

Die neue „Weltbühne“ Nr. 7 enthält neben einem Artikel „Bekanntnis zu Wien“ einen Artikel von Robert Larus: „Dokumente der deutschen Jugendverwahrlosung“.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR K 1.40. (für ein Quartal bei freier Zustellung K 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland K 2.— (K 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.—), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pl. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Peng. 0.35 (4.20), USA. Dollar 0.08 (0.20).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad. Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad. Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 81-005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

## Zeitschrift für Sozialismus

H. II 5 - Februar 1934 - ist soeben erschienen

Es enthält Beiträge von:

Richard Kern:

„Revolutionärer Sozialismus“

L. Neureither:

„Klassenbewußtsein“

L. Franz:

„Ordnung der nationalen Arbeit“

Karl Palk:

„Geistiger Verfall“

Mariusz Alter:

„Sozialistische Idee“

Glossen u. Buchbesprechungen

Auslieferung durch jede Buchhandlung oder durch die Verwaltung „Neuer Vorwärts“, Karlsbad.

Einzelpreis pro Heft: CSR. K 4.— / Polen Zl. 1.— / Schweiz Frs. —.70 / Frankreich Frs. 3.50

Halbjahresabonnement (6 Hefte): CSR. K 22.— / Polen Zl. 5.70 / Schweiz Frs. 4.— / Frankreich Frs. 20.—